: antifaschistische nachrichten

Nr. 10

g 3336 15.5.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Hauen und Stechen bei der AfD

Björn Höcke, Landesvorsitzender der sog. „Alternative für Deutschland" (AfD) in Thüringen und Mitinitiator der „Erfurter Resolution", hat sich Ende April mit einem Offenen Brief an den Bundesvorstand und die Mitglieder der AfD gewandt. Demnach will der Bundesvorstand der AfD, dass Höcke eine eidesstattliche Erklärung unterzeichnet, um sich „gegen eine Unterstellung zu wehren". Höcke erklärte, er werde diese eidesstattliche Erklärung nicht unterschreiben. Er „habe niemals unter einem Pseudonym für eine NPD-Zeitung geschrieben" und er „werde jeden juristisch belangen, der anderes behauptet." Dieses Vorgehen gefährde massiv den Erfolg der AfD, so Höcke und greift Hans-Olaf Henkel an, der den Initiatoren der „Erfurter Resolution" „völkisches" Gedankengut vorgeworfen hatte. Mit dieser Titulierung habe Henkel „die vom politisch-medialen Establishment gerne verwendeten Stigmatisierungsmuster genährt, die die Basis für eine unerträgliche Herrschaft des Political Correctness in diesem Land sind", so Höcke. Unterdessen haben sich führende Funktionäre des (noch nicht offiziellen) AfD-Jugendverbandes „Junge Alternative" (JA) zu den Vorwürfen des zurück- und ausgetretenen Vize-Vorsitzenden Hagen Weiß geäußert, die „Junge Alternative" rücke nach rechts. Weiß versuche aufgrund persönlicher Befindlichkeiten, die JA mit Dreck zu bewerfen, so Co-Vizevorsitzender Krzysztof Walczak. Weiß habe sich schon vor seinem Austritt „durch verbandsschädigendes Verhalten und Störung der inneren Ordnung außerhalb der Jugendorganisation gestellt", äußerte Markus Frohnmaier, Landesvorsitzender der JA in Baden-Württemberg.

hma ■

Zoff bei den „Schwedendemokraten"

SCHWEDEN. In Schweden droht ein Bruch zwischen den „Schwedendemokraten" (SD) und ihrer Jugendorganisation „Junge Schwedendemokraten" (SDU). Die „Schwedendemokraten" hatten zuletzt acht SDU-Aktivisten aus der Partei ausgeschlossen, darunter SDU-Generalsekretär William Hahne und SDU-Chef Gustav Kasselstrand. Ihnen wird vorgeworfen, Kontakte zu „externen ex-

Dass die Völker nicht erbleichen…

Rede am 8. Mai 2015 auf der Kundgebung in Köln zum Tag der Befreiung vom Faschismus vor 70 Jahren

Dr. Wolfgang Uellenberg van Dawen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter

Der 8. Mai 1945 ist der Tag der Befreiung vom Faschismus. Befreit wurden Europa und wurden die Deutschen von den Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und vieler anderer Länder. Von der Befreiung zu sprechen, galt in der DDR von Anfang an als eine Selbstverständlichkeit. In Westdeutschland wurde erst 40 Jahre danach diese Selbstverständlichkeit durch Bundespräsident von Weizsäcker ausgesprochen.



Dankbar war die westdeutsche Öffentlichkeit gegenüber den westlichen Alliierten – die sowjetischen Befreier galten Jahrzehntelang weiterhin als Feinde. Erst mit dem Ende des Kalten Krieges schienen diese Feindbilder verschwunden zu sein.

Es ist erschreckend wie schnell sie jedoch im aktuellen Konflikt im Osten der Ukraine wieder reaktiviert werden und an den Stammtischen und in Redaktionsstuben und Kasernen der Russe wieder der Feind ist. Wenn wir nicht in die Denke und die Rhetorik vergangener Jahrzehnte zurückfallen wollen, dann kann es nur die Konsequenz des differenzierten Denkens und Urteilens und vor allem die Empathie mit allen Opfern jenes sinnlosen Machtkonfliktes im Osten Europas geben. Dann gibt es nur unser Engagement für einen fairen Frieden und die Abrüstung der Worte und der Waffen. Europa muss unser gemeinsames Haus bleiben.

Die Faschisten waren von Anfang an die geschworenen Feinde der Demokratie. Sie bekämpften die Arbeiterbewegung, liberale wie christlich soziale Parteien, Wissenschaftler, Künstler, Journalisten, viele einfache Menschen, die sich ihnen widersetzten. Sie untergruben die Demokratie, verspotteten die demokratischen Parteien, beschimpfte kritische Medien als Lügenpresse. Mit Unterstützung führender Kreise und Eliten kamen Hitler und seine Schergen an die Macht und viele, die Gegner des Faschismus waren oder von den Faschisten zu Feinden erklärt wurden, fielen den Henkern zum Opfer. Das Dritte Reich war eine Gewaltherrschaft, ein Unrechtsstaat im wahrsten Sinne des Wortes.

Eine Demokratie ohne Demokraten darf es in Deutschland niemals wieder geben. Demokratisches Engagement, harte

Fortsetzung Seite 5

Aus dem Inhalt:

tremistischen Parteien“ geknüpft zu haben, um „die ideologische Position der Mutterpartei zu ändern“. Darunter „identitäre Organisationen“, „antisemitische Verschwörungstheoretiker“ und „Verehrer Adolf Hitlers“, so Mattias Karlsson, Reichstags-Fraktionschef der SD. SDU-Generalsekretär Hahne bezeichnete die Vorwürfe als „Hexenjagd“. Kasselstrand äußerte, er wolle bis zum Kongreß der SDU im September Vorsitzender des Jugendverbandes bleiben, der derzeit noch über etwa 5100 Mitglieder verfügt.

hma ■

IfS-Kongress in Schnellroda

STEIGRA/SCHNELLRODA. Das um die „Junge Freiheit“ angesiedelte „Institut für Staatspolitik“ (IfS) will aus Anlass seines 15jährigen Bestehens am 13. und 14. Juni seinen „II. Staats-politischen Kongreß“ auf dem Rittergut Schnellroda durchführen. Den Festvortrag unter der Überschrift „Metapolitik und Parteipolitik“ soll Dr. Dr. Thor von Waldstein, ehemals Bundesvorsitzender des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB), halten. Für die Veranstaltung stehen 150 Teilnehmerplätze zur Verfügung.

hma ■

Zwei rechte Gewalttaten in Ostdeutschland – jeden Tag!

Die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten in Ostdeutschland sind im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent gestiegen. Wie unabhängige Opferberatungsstellen mitteilen, wurden mindestens 1156 Menschen verletzt und massiv bedroht.

Rechtsextreme Gewalttaten haben 2014 in Ostdeutschland deutlich zugenommen. Nach Zählung der unabhängigen Opferberatungsstellen wurden in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin insgesamt 782 Angriffe registriert, sechs Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei wurden mindestens 1156 Personen verletzt und massiv bedroht, wie die Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt „Reach Out“ am Montag mitteilte. In 60 Prozent der erfassten Fälle hätten rassistische Tatmotive eine zentrale Rolle gespielt. Statistisch gesehen fanden 2014 in Ostdeutschland pro Tag zwei politisch rechts motivierte Gewalttaten statt, wie die Beratungsstellen mitteilten. Häufigstes Gewaltmotiv war den Angaben zufolge mit 457 Fällen Rassismus. Das entspricht einer Steigerung von 30 Prozent. 23 Fälle hatten einen antisemitischen Hintergrund. In sieben Fällen waren die Opfer Journalisten.

Die meisten Angriffe wurden in Sachsen mit 257 Fällen registriert, 15 Prozent mehr als 2013. Einen leichten Rückgang verzeichneten Berlin mit 179 und Sachsen-Anhalt mit 111 Vorfällen. Steigerungen von 30 Prozent und mehr gab es dagegen in Mecklenburg-Vorpommern mit 84 und in Thüringen mit 58 Angriffen. In Brandenburg wurden 93 Gewalttaten registriert, neun Prozent mehr als 2013.

Quelle: http://www.migazin.de 29.04.2015 ■

AfD: Einer Partei bei ihrer Spaltung zusehen

Nun gehen Gerüchte über einen eventuellen Austritt Luckes aus der AfD oder eine Art Generalabrechnung als letztem, verzweifeltem Versuch, die Partei auf seinen Kurs zu bringen, um. Bei Drucklegung dieser Ausgabe ist noch nicht absehbar, wohin die Reise geht. Doch die Anzeichen für eine baldige Spaltung der AfD verdichten sich. Hier ein Überblick über die Ereignisse seit der letzten AN-Ausgabe:

Bundesweit Der Mitgliedentscheid, mit dem der neoliberal-konservative Flügel um Bernd Lucke wesentliche Essentials einer bürgerlichen Partei festschreiben lassen wollte (s. letzte AN), wurde auf die Zeit nach der Bremer Bürgerschaftswahl verschoben, um den dortigen Wahlkampf nicht zu gefährden. Er müsste also dieser Tage losgehen.

Nach Hans-Olaf Henkel und zuvor Beatrix Diefenbach ist nun auch Patricia Casale aus dem Bundesvorstand zurückgetreten. Sie hielt die dortigen Umgangsformen nicht mehr aus. Politisch wird sie eher dem Lucke-Lager zugerechnet, ist zugleich aber Angestellte von Marcus Pretzell („örtliche Assistentin“), einem der wichtigen Figuren der Parteirechten.

Junge Alternative Michael Schneider, stellvertretender Vorsitzender des JA-Landesvorstands Bayern, ist ausgetreten. Als Grund gab er die Rechtstendenzen und Bedrohungen durch innerparteiliche Gegner an.

Nordrhein-Westfalen Marcus Pretzell, Vorsitzendes des Landesverbands, darf nicht mehr an Sitzungen der AfD-Gruppe im Europaparlament teilnehmen. Er hatte interne Informationen in denunziatorischer Absicht an die Presse weitergeleitet.

Wegen des Rechtsrucks und Mangel an „Ehre und Anstand“ des Landesvorstands traten Manfred Pühringer, Reiner Rohlje und Hermann Behrendt von ihren Ämtern als stellvertretende Landesvorsitzende zurück.

Beim Landesparteitag, der einzig die Aufgabe hatte, Delegierte für den Bundesparteitag zu wählen, kam es zum großen Chaos: Da man nicht nur Kandidaten mit einem Ja, sondern auch mit einem Nein bewerten konnte, wurden nur etwa 20 der 123 Delegierten gewählt. Als diese Zeilen geschrieben werden, steht noch nicht fest, wie in der Sache weiter verfahren werden soll. Fest steht aber, dass es Anfechtungsklagen wegen diverser Formfehler mit guten Erfolgsaussichten geben wird.

Hessen Obwohl der abgesetzte ehemalige Vorsitzende Peter Münch (er hatte falsche Angaben zu seiner Mitgliedschaft bei den REPs gemacht), mit einer Ämtersperre belegt worden war, ließ er sich zum Vorsitzenden sowohl des Ortsvereins Bad Homburg als auch des Kreisverbands Hochtaunus wählen.

Gunter Nickel, vor einem halben Jahr noch Vorsitzender der hessischen AfD ist aus der Partei ausgetreten. Die AfD habe „Gesindel“ magnetisch angezogen, zwei Drittel der Aktiven seien Menschen, mit denen er nichts zu tun haben möchte.

Saarland Nachdem Rechte in einer konzertierten Aktion (u.a. mit Parteieintritten von Claqueuren) den Verband übernommen hatten, gab es mehrere Austritte – u.a. auch des bisherigen Vorsitzenden Johannes Trampert. Roland Wark trat von seinem Amt als Schatzmeister zurück. Der neue Vorsitzende Josef Dörr hatte bundesweite Aufmerksamkeit mit seiner Rede erregt, in der er einen „Feuersturm“ ankündigte, der alles Schlechte hinwegfegen werde.

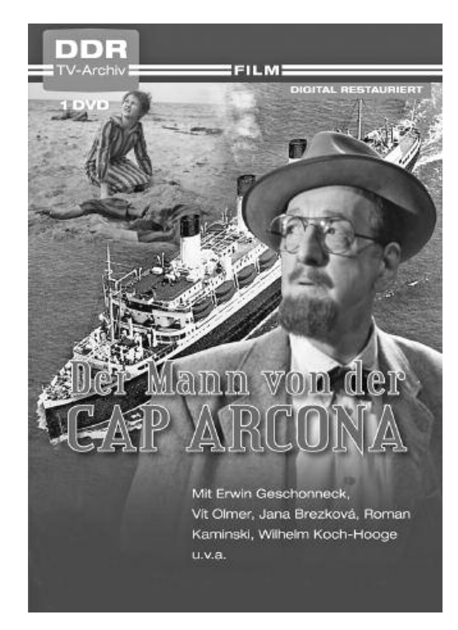
Rheinland-Pfalz Hier wurde der alte Vorsitzende Uwe Zimmermann, Lucke-Anhänger, bestätigt. Die Rechten hatten auch hier die Übernahme versucht.

Thüringen Der Vorsitzende Björn Höcke war in Verdacht geraten hinter dem Pseudonym Landolf Ladig zu stecken und in einer NPD-Postille Artikel geschrieben zu haben. Der Bundesvorstand forderte von ihm eine eidesstattliche Versicherung, nicht Ladig zu sein. Die verweigerte er. Zwar betonte er, die NPD abzulehnen, sagte aber ausdrücklich, dass er nicht jedes NPD-Mitglied für extremistisch halte. Daraufhin forderte Bernd Lucke ihn zum Austritt auf – Alexander Gauland und Frauke Petry widersprachen dem umgehend.

Sachsen-Anhalt André Poggenburg, Landesvorsitzender, tutete ins gleiche Horn wie Höcke, man dürfe NPDler nicht in Bausch und Bogen verurteilen.

F ■

Der Mann von der Cap Arcona



Der Spielfilm mit Erwin Geschonneck, Überlebender der Schiffskatastrophe in der Neustädter Bucht bei Lübeck am 3. Mai 1945, ist jetzt in der Reihe DDR-TV-Archiv auf DVD erschienen und somit endlich zugänglich. Der Schauspieler Erwin Geschonneck (1906 – 2008) verfolgte über zwei Jahrzehnte ein Filmprojekt, das den Untergang der „Cap Arcona" und „Thielbek" am 3. Mai 1945 darstellen sollte – und damit einen Teil seiner eigenen Lebensgeschichte.

Blumengebinde, auch einzelne rote Rosen lassen Überlebende und Angehörige von drei Barkassen behutsam auf die blaugraue Wasseroberfläche der Ostsee in der Neustädter Bucht fallen. Wie Wim Alosery, der letzte niederländische Überlebende der „Cap Arcona", der einen großen Gedenkkranz aus weißen Lilien ins Meer gleiten lässt. Blicke schweifen über den leichten Seegang, auf der Suche nach einem Anhaltspunkt für das Gedenken an die gestorbenen Mitgefangenen, FreundInnen, GenossInnen, Angehörigen. Zum 70. Jahrestag fand am 3. Mai 2015 diese Bootsfahrt an die Untergangsstelle statt, an der etwa fünfzig ehemalige Häftlinge und Angehörige teilnahmen, von denen einige aus Israel und den USA angereist waren.

Anschließend nahmen sie mit 800 weiteren Gedenkenden an einer größeren, öffentlichen Gedenkveranstaltung für die Opfer der Schiffskatastrophe in der Neustädter Bucht teil. Am Cap-Arcona-Ehrenmal in Neustadt, Ortsteil Pelzerhaken. Schleswig-Holsteins sozialdemokratischer Ministerpräsident Torsten Albig legte am Ehrenmahl einen Kranz nieder. In seiner Rede mahnte er: „Die Erinnerung an die Unmenschlichkeit macht uns verantwortlich für Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und ihre Heimat verlassen". Das Ehrenfriedhof Cap Arcona liegt am Ortsrand von Neustadt an der Promenade Richtung Pelzerhaken, direkt am Ufer der Neustädter Bucht. 621 der Opfer der Katastrophe vom 3. Mai 1945 wurden hier in Massengräbern bestattet. Das Cap-Arcona-Denkmal auf dem Ehrenfriedhof nennt die Gesamtzahl von 7000 Opfern und die Nationalitäten der Opfer.

Jewginij Malychin, Überlebender der auf der „Cap Arcona" Zusammengepferchten aus der Ukraine, erklärte, vor 70 Jahren habe sich keiner der Überlebenden vorstellen können, „dass wir eines Tages die Möglichkeit bekommen würden, unseren Tausenden verstorbenen Kameraden würdevoll zu gedenken". Am Schluss seiner Rede am 3. Mai erklärte Jewginij Malychin: „Ich hoffe, dass all die Schrecken, die wir erlebt haben, nie wieder kommen".

Die Generalsekretärin der von ehemaligen KZ-Häftlingen gegründeten Amicale Internationale KZ Neuengamme dankte den angereisten Überlebenden: „70 Jahre nach der Befreiung ist es keine Selbstverständlichkeit, diese Reise auf sich zu nehmen", so Christine Eckel in ihrer Rede: „Und dennoch sind sie hier und berichten von ihrer Erfahrung, von ihrer Haftzeit im Konzentrationslager Neuengamme, von ihrem Leben nach der Befreiung." Christine Eckel erinnerte an das Sterben während und nach der Bombardierung: „Sie verbrannten, ertranken oder sie wurden beim Versuch sich zu retten, im Wasser oder an Land erschossen". Weniger als 450 von den 7000 Häftlingen überlebten.

„Der Blick auf die Nachkriegsgeschichte Neustadts zeigt, dass deren Bürgerinnen und Bürger ihre Verantwortung für die Gräueltaten während des Nationalsozialismus angenommen haben", erklärte Neustadts Bürgermeisterin Dr. Tordis Batscheider (SPD) in ihrer Rede.

Die fanatische Brutalität der gutsituierten Neustädter Bürger gegenüber den geflüchteten Häftlingen wird gerne verschwiegen. Viele der entkräfteten, ausgemergelten KZ-Häftlinge, die mit letzter Kraft den vermeintlich sicheren Strand erreicht hatten, wurden dort von NeustädterInnen gejagt und ermordet. Angesichts dieser mörderischen Gewalt, des tödlichen Vernichtungswillens aus der Bevölkerung Neustadts gegenüber den hilfesuchenden KZ-Häftlingen gab der örtliche britische Kommandant die Stadt zur Plünderung frei.

Als britische SoldatInnen das KZ Neuengamme am 4. Mai 1945 erreichten, fanden sie es leer vor. Die Nazis hatten zuvor auf Betreiben des Hamburger Gauleiters der NSDAP Karl Kaufmann den Großteil der Häftlinge auf Schiffe in der Ostsee getrieben. Das KZ Neuengamme, in dem kurz vor Kriegsende etwa 14.000 Menschen gefangen gehalten wurden, wurde im April hastig und brutal geräumt. Seit dem 20. April 1945 waren über 9.000 Häftlinge des KZ Neuengamme von dem Wachpersonal auf Schiffe in der Neustädter Bucht verfrachtet worden, die am 3. Mai irrtümlich von der Royal Air Force bombardiert wurden. Da die Schiffe nicht besonders gekennzeichnet und mit Bordwaffen ausgestattet waren, wurden sie von alliierten Fliegern für reguläre Kriegsmarineschiffe im Einsatz gehalten. Das KZ-Wachpersonal hatte die „Cap Arcona" und die „Thielbek" in tödliche Fallen verwandelt. Während die ersten Häftlinge auf die „Cap Arcona" getrieben wurden, baute die SS alle Fluchtmöglichkeiten vom Schiff ab, blockierte die Rettungsboote und die Funkgeräte. Die automatischen Schotten wurden zerstört und das Schiff mit einer geringen Treibstoffmenge betankt, die gerade als Brandbeschleuniger ausreichte. Die Schiffe wurden schwimmende Konzentrationslager. „Halb verrückt vor Durst vegetierten die Häftlinge in ihren eigenen Exkrementen vor sich hin", betont Detlef Garbe, der Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. „Die Zahl der Toten stieg von Tag zu Tag."

Weniger als 450 KZ-Häftlinge überlebten diese Katastrophe, unter ihnen Erwin Geschonneck, der die KZ Sachsenhausen, Dachau und Neuengamme überlebt hat. In den Nachkriegsjahrzehnten hielt der bekannte Schauspieler mit seinem Engagement in den Verbänden der überlebenden Verfolgten des Nazi-Regimes in der DDR die Erinnerung an die Ereignisse des 3. Mai 1945 aufrecht.

„Der Mann von der Cap Arcona" ist ein erstaunlicher Film, schon durch seine Vorgeschichte. Der Hauptdarsteller Erwin Geschonneck, in der DDR ein herausragender Schauspieler, verfolgte über zwei Jahrzehnte ein Filmprojekt, das den Untergang der „Cap Arcona" am 3. Mai 1945 darstellen sollte – und damit einen Teil seiner eigenen Lebensgeschichte. Er setzte sich beim DEFA-Studio für Fernsehproduktionen durch. Geschonneck war nach 1945 zuerst Teil des Ensembles von Ida Ehre in den Hamburger Kammerspielen, bevor er 1949 nach Ostberlin ging, um mit Brecht zu arbeiten und Bürger der DDR wurde. Er hatte sich gegen die BRD entschieden.

1906 geboren, musste Geschonneck schon mit 14 Jahren zum Lebensunterhalt der armen Arbeiterfamilie beitragen. 1929 trat er in die KPD ein, beteiligte sich an Agitprop-Gruppen, spielte in „Kuhle Wampe oder: Wem gehört die Welt?" mit, dem legendären Apitprop-Film von der KPD zumindest nahestehenden Kultur-

schaffenden: Slátan Dudow, Bert Brecht, Hanns Eisler…

1933 floh Geschonneck aus Deutschland. 1939 wurde er nach dem Einmarsch der Deutschen in der Tschechoslowakei von der SS verhaftet, kam ins KZ Sachsenhausen, dann nach Dachau, 1944 nach Neuengamme. Als die britischen Truppen nahten, wurden 9000 Häftlinge von dort zur Ostsee getrieben, tausende wurden auf dem manövrierunfähigen Kriegsmarineschiff „Cap Arcona" zusammengepfercht. Die britische RAF bombardierte die Cap Arcona, die gerade genug Treibstoff hatte, um lichterloh zu brennen.

Durch Erwin Geschonneck, als einem der wenigen Überlebenden, bekommt „Der Mann von der Cap Arcona" eine dokumentarische Eindringlichkeit, obwohl die Handlung inszeniert ist. Der Handlungsrahmen ist handwerklich geschickt angelegt. Geschonneck wird von einem fiktiven Filmregisseur nach Hamburg eingeladen, um an einer Verfilmung des Untergangs der Cap Arcona und der Falle für die KZ-Häftlinge mitzuwirken, als Hauptdarsteller. Die Verhandlungen um den Film im Film sind dramaturgisch durch die zunehmende Skepsis des Überlebenden und Schauspielers gegenüber dem mit Hamburgs Zeitungsschickeria verbandelten Regisseur geprägt. Der lässt sich den Film von einem Verleger Syring – der im Auftreten stark dem – realen – Verleger des Spiegel, Rudolf Augstein, ähnelt – finanzieren. Eine Konstellation, die Raum lässt für Ambivalenzen, Täuschungen und Enttäuschungen. Auch ein aktueller NS-Kriegsverbrecher-Prozess mit der typisch westdeutschen Toleranz gegenüber Nazitätern wird in die Handlung eingeflochten, der Überlebende ist dort als unbequemer Zeuge nicht erwünscht, bei den Filmaufnahmen tritt als Experte ein ehemaliger Marineoffizier der Cap Arcona auf, alte Naziseilschaften wirken fort. 1982, zum Zeitpunkt des Drehs der Filmhandlung, lebten noch viele der Nazi-Täter und Täterinnen wohlgelitten im Westen.

Die Verschachtelung der fiktiven Filmproduktion mit den Ereignissen im KZ Neuengamme und auf der Cap Arcona macht den Umgang mit der deutschen Geschichte, die Toleranz gegenüber den Nazis plastisch. Seine eindringlichsten Momente hat „Der Mann von der Cap Arcona", wenn Geschonneck über KZ und Cap Arcona spricht. Vor Ort am KZ-Gelände, auf dem sich 1982 noch zwei Haftanstalten in Betrieb befanden – zum Unbehagen des Überlebenden – spricht Geschonneck über die Kinder vom Bullenhuser Damm. Jene zwanzig jüdischen Kinder, die im April 1945 aus dem KZ in die dortige Schule gebracht wurden, um sie zu erhängen und damit die Spuren der an ihnen verbrochenen Menschenversuche mit Seuchenerregern zu beseitigen. Monatelang hat der SS-Arzt Dr. Kurt Heißmeyer die zehn Jungen und zehn Mädchen als Versuchsobjekte für medizinische Experimente missbraucht: Er hat den Kindern lebende Tuberkelbazillen unter die Haut gespritzt und mit einer Sonde in die Lunge eingeführt. Dann hat er ihre Lymphknoten herausoperiert. Eindringlich, klar, unerbittlich ist der Film hier, ist Geschonneck. Ein westdeutscher Kritiker nannte den Film abwertend spröde und die emotionalen Höhepunkte nicht ausspielend. Das stimmt, gereicht dem Film aber gerade zum Vorteil. Die nüchterne, zurückgenommene Spielweise von Geschonneck macht den Film umso überzeugender. Hier geht es eben nicht wie in „Sonnensucher" um den Einsatz für den Sozialismus, um kommunistische Utopien, sondern um eine perfide Kriegslist der Nazis, um ihre KZ-Häftlinge von ahnungslosen britischen Bomberpiloten ermorden zu lassen. Wer die beiden Filme nacheinander sieht, hier den lebenslustigen, anarchischen Bergarbeiter, der sich in Konrad Wolfs „Sonnensucher" mit der Parteibürokratie anlegt, dort den verhaltenen, sich mit den Erinnerungen an die Zeit im KZ konfrontierenden gealterten Schauspieler, bekommt eine Ahnung davon, wie ihn die Nazis in der Zeit im KZ geschunden haben.

Der NSDAP-Gauleiter Hamburgs, Karl Kaufmann, der das Einsperren der KZ-Häftlinge auf der „Cap Arcona" initiiert hat, lebte bis zu seinem natürlichen Tod 1969 als gutsituierter Bürger in Hamburg. „Der Mann von der Cap Arcona" wurde erstmals am 12. September 1982 vom Deutschen Fernseh-Funk der DDR ausgestrahlt. Nach dem Zusammenbruch der DDR lag der Film lange Jahre im Deutschen Rundfunkarchiv verschlossen. Studio Hamburg hat ihn jetzt in der Reihe „DDR-TV-Archiv" auf DVD herausgebracht.

Gaston Kirsche ■

„Der Mann von der Cap Arcona", DDR 1982, in Farbe, 98 Min. Regie: Lothar Bellag; Drehbuch: Lothar Bellag, Werner Bergmann; Kamera: Werner Bergmann. Mit Erwin Geschonneck, Vít Olmer, Jana Brezková, Lothar Bellag, Klaus Gehrke, Wilhelm Koch-Hooge u.v.a. Ab 12 Jahren freigegeben. Jetzt auf DVD für 14 Euro erhältlich.

„Der Mann von der Cap Arcona" wird am Sonntag, 17. Mai um 17 Uhr im Metropolis Kino im Kalkhof 7 in Hamburg gezeigt. Im Rahmen der antifaschistischen Filmreihe „Täter – Opfer – Widerstand" der VVN Hamburg.

Protest gegen 15 Nazis in Soltau

Soltau. Der 1. MAI in Soltau ist bekannt als reine Basis-Veranstaltung mit kämpferischen Tönen aus Betrieben und Bürgerinitiativen. Weil gewerkschaftliche und Bündnis-Aktivitäten die Naziszene und deren lokale Verharmlosung in den letzten Jahren zurückgedrängt hatten, rechnete niemand mit deren plötzlichem Auftreten.

Kaum hatte der erste Redner begonnen, unterbrach ihn DGB-Kreisvorsitzender Charly Braun und forderte auf, die eben entdeckten Nazis rauszuwerfen. Viele GewerkschafterInnen umstellten die anfangs 3 Nazis und forderten sie mit Rufen „Nazis raus" zum Abzug auf. Die hart gesottenen Ingo Rüdiger Helge/ NPD-Landesvorstand Niedersachsen, Matthias Behrens/ Nazi-Ratsherr in Schneverdingen und Kreistagsabgeordneter im Heidekreis, Anführer der inzwischen stillen Kameradschaft Snevern-Jungs und zeitweise stellvertretender NPD-Landesvorsitzender sowie Nils Engelbarts Kameradschafts- und NPD-Aktivist bewegten sich nicht weg, so dass der DGB die Polizei rief. Die Polizei sagte zu, den Nazis vorbeugend Platzverweise zu erteilen und bekam dafür Applaus. Stattdessen aber vermehrte sich unter den Augen der 2 Polizisten die Zahl der Nazis auf 15. Die Polizei setzte den versprochenen Platzverweis gegen die Nazis nicht durch, notierte aber von 3 Gewerkschaftern die Personalien. DGB-Verantwortlicher Charly Braun weil er möglicherweise zur Gewalt gegen die Nazis aufgerufen habe und 2 weitere Kollegen die sich bemüht hatten die Filmaufnahmen eines Nazis zu löschen.

Die GewerkschafterInnen einigten sich das Programm weiter durchzuführen und in Kürze politisch zu reagieren. Alle folgenden RednerInnen und die Kulturgruppe „Agitprop" machten an ihren jeweiligen Themen klar, warum Nazis gewerkschafts- und menschenfeindlich sind und warum Rassismus keine Lösung sozialer Probleme ist. Genau dafür gab es immer besonders starken Applaus.

Es sprachen u.a. die Initiative Biosphärengebiet, die gemeinsam mit ver.di und DGB nach dem Abzug der British Army vom größten europäischen Truppenübungsplatz Bergen die Finanzierung einer Konversion für eine soziale, ökologisch, nicht-militärische Entwicklung fordern. Das „Bündnis gegen Ludendorffer" propagierte antifaschistischen Widerstand gegen Pegida, AfD und alle die mit „einer „Das Boot ist voll"-Aussage Hass gegen Flüchtlinge schüren".

Die Gruppe Agitprop kommentierte die Reden mit passenden politischen Liedern. ■

Fortsetzung von Seite 1

Konflikte, Widerstreit der Meinungen, Widerspruch und zivilgesellschaftlicher Widerstand sind legitim und notwendig. Und wir dürfen bei aller Kritik an manchen Erscheinungen realer Politik weder undemokratisches Wutbürgertum noch eine schleichende Entpolitisierung des Öffentlichen hinnehmen. Nur das tägliche Engagement für eine lebendige Demokratie, für unverzichtbare und unveräußerliche Freiheitsreche, für eine wirksame Kontrolle des Staates und eine aktive Zivilgesellschaft bewahrt vor autoritärer und diktatorischer Herrschaft.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

Mit der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht brach das verbrecherischste und menschenfeindlichste Regime unserer Geschichte zusammen. Lang geschürter und tief verwurzelter Antisemitismus hat den Weg zu dem Menschheitsverbrechen der Shoah geebnet. Das muss auf immer in unsere Erinnerung eingebrannt bleiben und uns verpflichten mit aller Entschiedenheit gegen jede Form des Antisemitismus zu kämpfen.

„Unwertes Leben“ – mit diesem Unwort aus dem Lexikon des absolut Bösen rechtfertigten die Naziverbrecher die Ermordung von Sinti und Roma, von Homosexuellen, von Menschen, die sie als undeutsch klassifizierten, von Behinderten und Kranken, von Millionen Menschen in Polen, in der Sowjetunion, in Griechenland, im ehemaligen Jugoslawien, in Frankreich und wo immer das Dritte Reich seine Schreckensherrschaft errichtete.

Unwertes Leben – das ist die Zuspitzung des Rassismus, der Ideologie von der natürlichen Ungleichheit von Menschen. Millionen Opfer mahnen uns gegen diese Ideologie in jeglicher Form vorzugehen, sie zu entlarven, sie in jeglicher Form ob platt, ob als Stammtisch Parole oder streng wissenschaftlich getarntes Werk zu bekämpfen. Alle Menschen sind als gleiche geboren und haben das gleiche Recht auf ein Leben in Würde. Jedes Leben ist es wert, anerkannt, geachtet und geschützt zu werden.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde

Über diesem siebzigsten Jahrestag der Befreiung liegt ein tiefer Schatten: die Morde des Nationalsozialistischen Untergrundes der NSU. Welches Denken, welche Feindbilder leiteten deutsche Ermittler als sie die Angehörigen der Opfer des NSU als mögliche Täter verdächtigten? Warum wurden mit seltener Hartnäckigkeit alle diese Morde als Konflikte zwischen Migranten eingestuft? Warum schwiegen und verschweigen bis heute Ermittlungs-und Sicherheitsbehörden ihre Fehlverhalten und warum wurden die Spuren in die Rechtsextreme Szene so weit verwischt, sodass immer neue Untersuchungsausschüsse von den Parlamenten bemüht werden müssen?

Der Historiker Norbert Frei hat Hitlers Eliten in der Bundesrepublik nachgezeichnet. Nachdem sie vor den alliierten Gerichten davongekommen waren, nachdem die Entnazifizierung als ein Selbstreinigungsprozess der Deutschen schon in den Anfängen steckengeblieben war wandelten sich jene Förderer und Helfershelfer der Nazis in Wehrmacht, Justiz, Polizei, Verwaltung, Medien, im Sozial wie im Gesundheitswesen und an den Universitäten sich zu treuen Demokraten und harten Antikommunisten. Sie besetzten erneut viele Führungspositionen der zweiten deutschen Republik. Kein einziger jener furchtbaren Juristen der Nazi-Zeit wurde zur Rechenschaft gezogen.

Bis in die sechziger Jahre dauerte es, bis mutige Strafverfolger die KZ-Wächter auf die Anklagebank brachten. Mehrmals musste der Bundestag über die Nichtverjährbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mord abstimmen. Bis in dieses Jahrzehnt dauerte es, ehe die obersten Behörden und die Justiz ihre damalige Verwicklung in die Verbrechen der Diktatur offen legen. Wie lange muss die Demokratisierung der Demokratie noch dauern, bis autoritäres und undemokratisches Denken aus Amtsstuben und Gerichtssälen endgültig verbannt sind?

Wie eine braune Unterströmung durchzieht bis heute Antisemitismus, Rassismus aber auch die morbide Faszination des Nationalsozialismus unsere Gesellschaft. Die alten Nazis sind tot, die jungen und neuen treten immer offener, immer aggressiver auf – im Osten wie im Westen Deutschlands. Sie sind eine Gefahr für uns, für unsere Demokratie. Sie glauben, die Meinung schweigender Mehrheiten in die Tat umsetzen zu müssen. Nein – es sind keine schweigenden Mehrheiten aber starke und verblendete Minderheiten.

Vor siebzig Jahren sahen sich viele der befreiten und doch besiegten Deutschen auf einmal als Opfer. Sie hungerten und hatten Angst, Angst sich vor den Siegern rechtfertigen zu müssen, Angst auch vor denen, die sie 12 lange Jahre unterdrückt hatten. Und so flüchteten sie aus der eigenen Verantwortung, aus der eigenen Geschichte in den Mythos der Stunde Null. Es waren Hitler und seine verbrecherische Clique, die für alles verantwortlich gemacht wurden oder noch schlimmer – es waren nur die SS und der Führer soll ja angeblich von allem nichts gewusst haben. Diese Flucht aus der Verantwortung gelang, weil sie zugleich die Flucht in die Kunst des Überlebens in der Not der Nachkriegsjahre und in die Geschäftigkeit des Wiederaufbaus und am Ende in die Fresswelle des Wirtschaftswunders war.

Hannah Arendt beschrieb bei einem Besuch in Deutschland 1950 diese neue deutsche Mentalität.

„Wenn man die Deutschen beobachtet, wie sie geschäftig durch die Ruinen eines Jahrtausends ihrer eigenen Geschichte stolpern, die Schultern über die zerstörte Landschaft zucken oder es einem verübeln, wenn man sie an die Schreckenstaten erinnert, von denen die ganze umliegende Welt heimgesucht wurde, dann erkennt man langsam, dass ihre Geschäftigkeit zur Hauptverteidigung gegen die Wirklichkeit geworden ist.“

Liebe Freundinnen und Freunde

Der Wiederaufbau einer demokratischen Gesellschaft gelang trotz aller Hemmnisse und Fehlentwicklungen vor allem den Deutschen, die diese Befreiung ersehnt, für die sie im Widerstand gekämpft und gelitten hatten. Sie wollten nach 1945 Staat, Wirtschaft und Gesellschaft von Grund auf erneuern:

Es gab damals einen breiten antifaschistischen und demokratischen Konsens. Aus der Befreiung sollten eine neue freiheitliche Gesellschaft und eine umfassende Demokratisierung von Gesellschaft und Staat folgen. Er reichte bis in unser Grundgesetz. Es dauerte jedoch Jahre, bis aus der politischen Mehrheit, die das Grundgesetz schuf, eine Mehrheit in unserer Gesellschaft wurde, die seine Werte akzeptierte. Eine umfassende Überwindung des Kapitalismus blieb im Kalten Krieg stecken.

Auch in unserer Stadt entstand trotz aller Widerstände eine lebendige Demokratie geprägt von vielen eigenwilligen und aufrechten Frauen und Männern.

Erinnert sei an Oberbürgermeister wie Robert Görlinger, Theo Burauen, Max Leo Schwering. Erinnert sei an Hans Böckler, der den DGB gründete, an Willi Schirrmacher, der aus dem KZ zurückgekehrt, die Arbeiterwohlfahrt aufbaute, an Willi Eichler und Susanne Miller, die die Programmatik der Nachkriegs SPD prägten. Erinnert sei an die Kommunistin, Friedensaktivistin und Schauspielerin Trude Herr, an den kommunistischen Widerstandskämpfer Heinz Humbach, an Jakob Kaiser, den Gründer der christlich sozialen Bewegung, an die Lyrikerin Hilde Domin, den Publizisten Ralph Giordano und den Soziologen Alfons Silbermann und viele andere.

In der Zeit der Herrschaft des Faschismus verfasste der Philosoph und Kulturwissenschaftler Ernst Bloch sein monumentales Werk – das Prinzip Hoffnung. Während der Weltkrieg tobte und das Massenmorden stattfand, suchte er nach den Anzeichen und Spuren, nach den Utopien und Entwicklungslinien einer besseren Welt. In der Einleitung heißt es:

„Denken heißt Überschreiten. So jedoch, dass Vorhandenes nicht unterschlagen, nicht überschlagen wird. Deshalb geht wirkliches Überschreiten auch nie ins bloß Luftleere eines Vor-uns, bloß schwärmend, bloß abstrakt ausmalend. Sondern es begreift das Neue als eines, das im bewegt Vorhandenen vermittelt ist, ob es

gleich, um freigelegt zu werden, aufs Äußerste den Willen zu ihm verlangt."

Dieses Prinzip Hoffnung, das neue in der Gegenwart zu erkennen und daraus für die Zukunft zu wirken, motivierte trotz aller Hemmnisse seitdem soziale und demokratische Bewegungen.

Den Willen zu einer menschlichen, friedlichen, sozialen und demokratischen Gesellschaft haben wir nicht aufgegeben:

Wir haben den Willen und die Bereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen, ihnen Schutz zu gewähren und ihnen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Wir nehmen Teil an einer Welle der Menschlichkeit, wie sie niemand so vermutet hätte.

Und gegen mancher Ängste und Vorbehalten plädiere ich dafür, die Mauern der Festung Europa einzureißen und Menschen, die Schutz suchen, eine sichere Einreise zu ermöglichen.

Bei aller Verzweiflung über Krieg und Bürgerkriege, Terror und Gewalt, müssen wir weiterhin den Willen haben und uns engagieren, für eine wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen und die weltweite Achtung der Menschenrechte.

Gegen alle Vorurteile wollen wir eine multikulturelle Gesellschaft und ein Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Kulturen. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese Erkenntnis sollte mittlerweile Allgemeingut sein und wir engagieren uns dafür, dass dies sich auch in den Gesetzen und vor allem in der gleichberechtigten Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in dieser Gesellschaft verwirklicht.

In der Not einer immer tiefer sich spaltenden Gesellschaft engagieren wir uns dafür, soziale Gegensätze abzubauen, für Zusammenhalt zu sorgen, Armut zu bekämpfen und für ein gutes Leben für alle einzutreten. Es gilt nicht mehr der Satz, jede Arbeit ist besser als keine, sondern die Forderung nach einer guten Arbeit, nach einer guten Bildung und einem guten Leben.

Als noch vor wenige Monaten in diesem Lande eine neoliberale wie rechtspopulistische Partei in die Parlamente gewählt wurde, als gar ein rechtspopulistische und rechtsextreme Bürgerbewegung in Dresden und anderswo ihre menschenfeindlichen Parolen skandierte, da erhoben sich überall die schweigenden Mehrheiten und stellten sich überall quer.

Es gehört zur Tragik der Befreiung, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen bis zuletzt für das faschistische Regime gekämpft und es unterstützt hat. Aber es ist ein Glück und das Verdienst unzähliger engagierter Menschen, dass es in diesem Lande dauerhafte und mobilisierbare Mehrheiten für eine demokratische Gesellschaft gibt, die sich die Worte Bert Brechts zu Eigen machen:

1. Anmut sparet nicht noch Mühe
   Leidenschaft nicht noch Verstand
   Dass ein gutes Deutschland blühe
   Wie ein andres gutes Land.
2. Dass die Völker nicht erbleichen
   Wie vor einer Räuberin
   Sondern ihre Hände reichen
   Uns wie andern Völkern hin.
3. Und nicht über und nicht unter
   Andern Völkern wolln wir sein
   Von der See bis zu den Alpen
   Von der Oder bis zum Rhein.
4. Und weil wir dies Land verbessern
   Lieben und beschirmen wir's
   Und das Liebste mag's uns scheinen –
   So wie andern Völkern ihrs. ■

Überraschende Enthüllungen zu den Straftaten in Jena

Das erste Mal seit langer Zeit kam es heute vor dem Oberlandesgericht München zu einer wirklich überraschenden Zeugenaussage. Geladen war ein früherer enger Freund von Beate Zschäpe und Uwe Mundlos, der selbst in der Nazi-Szene unterwegs war, aber eher der „Skin-Fraktion" angehörte und sich Ende der 1990er vollständig aus der Szene gelöst hat.

Der Zeuge hatte u.a. 1997 in dem bereits mehrfach angesprochenen u.a. gegen Uwe Böhnhardt geführten Jenaer Strafverfahren ausgesagt – Mitte 1996 war eine Puppe mit Davidstern auf der Brust an einer Autobahnbrücke aufgehängt und daneben eine Bombenattrappe platziert worden. Uwe Böhnhardt wurde letztlich freigesprochen, weil mehrere „Kameraden", darunter der heutige Zeuge, ihm ein Alibi gegeben hatten.

Heute bestätigte der Zeuge, was ohnehin naheliegend war, nämlich dass dieses Alibi falsch war. Aber er ging noch darüber hinaus und berichtete, dass er selbst an der Tat beteiligt war. Mundlos und Böhnhardt hatten ihn angesprochen, sie bräuchten einen Alibizeugen für eine Aktion. Der Zeuge war schon damals in der Szene als „Moralapostel" bekannt, er sollte sowohl gegenüber den Behörden als auch innerhalb der Szene dafür bürgen, dass die beiden die Tat nicht begangen hatten. Seiner Schilderung heute ließ sich entnehmen, dass der Verdacht in Jena sofort auf die beiden Uwes gefallen wäre, was natürlich viel über deren politisch-ideologische Entwicklung schon im Jahr 1996 aussagt. Bei der eigentlichen Tat waren aber nicht nur die beiden und der Zeuge dabei, sondern auch Beate Zschäpe und Ralf Wohlleben.

Nach dem Untertauchen der Drei sei er dann von Ralf Wohlleben ziemlich aggressiv auf eine Geldspende angesprochen worden, wobei der ihn auch an die gemeinsame Tat erinnert habe. Er sei zu einer Besprechung im Hause der Familie Böhnhardt gebeten worden. Er habe erst zugesagt, Geld zur Verfügung zu stellen, habe das dann aber nicht getan, weil er die Sprengstoff-Taten des Trios falsch fand und auch Befürchtungen hatte, die würden ihr Leben im Untergrund mit Überfällen finanzieren. Außerdem habe er eben damit gerechnet, dass die bereits im Ausland seien, denn: „Ich konnte und kann mir bis heute nicht vorstellen, dass man in Deutschland länger als ein oder zwei Monate unentdeckt leben kann, vor allem wenn man gesucht wird." Die Überraschung des Zeugen ist nachvollziehbar, vor allem angesichts der V-Mann-Dichte um die Angeklagten und ihr Flucht-Umfeld in Chemnitz.

Die Aussage des Zeugen wirkte sehr glaubhaft, gerade auch, weil ihm anzumerken war, dass er gegen innere Widerstände kämpfte: Zum einen, weil er seine eigene Beteiligung an der Tat und seine Falschaussage vor Gericht eingestehen musste, zum anderen, weil es ihm trotz aller Ablehnung ihrer Taten und Gesinnung schwer fiel, seine Kindheitsfreundin Zschäpe zu belasten. Dennoch berichtete er von sich aus und trug so ein Stück zur Aufklärung des NSU und seiner Taten bei – und das obwohl er, der inzwischen im öffentlichen Dienst arbeitet, gesellschaftliche und auch rechtliche Konsequenzen befürchtet. Das ist sehr anerkennenswert. Gleichzeitig hat er auch nur seine Pflicht als Zeuge erfüllt, nämlich wahrheitsgemäß und umfassend auszusagen – dass sein Verhalten heute als besonders beeindruckend erlebt wird, ergibt sich aus dem krassen Gegensatz zu den ständigen Blockade-Aussagen der Nazizeugen und zeigt, wie beschämend der Umgang des Gerichts und der Generalbundesanwaltschaft mit diesen ist.

Seine Aussage ist natürlich ein Schlag für die Verteidigungen Zschäpe und Wohlleben, deren Verteidigungsstrategien u.a. darauf basieren, dass Zschäpe und Wohlleben an konkreten Taten nie beteiligt gewesen seien. Diese Annahme bröckelt jetzt – erneut – bei beiden Angeklagten. Gleichzeitig schienen beide Verteidigungsteams schlecht vorbereitet, jedenfalls teilten sie mit, vor der Befragung des Zeugen bräuchten sie eine längere Unterbrechung. Der Vorsitzende Richter unterbrach daraufhin die Vernehmung für heute, der Zeuge wird noch einmal kommen und seine Aussage beenden.

http://www.nsu-nebenklage.de/
29.04.2015 ■

Rechtsterrorismus in NRW:

„Oldschool Society“ – die öffentlichste Terrorgruppe in Deutschland

Am 6. Mai 2015 klickten die Handschellen der GSG 9: In den frühen Morgenstunden ging das BKA mit einer großangelegten Razzia gegen die „Oldschool Society“ („OSS“) vor. Bei der Durchsuchung seien „pyrotechnische Gegenstände mit großer Sprengkraft“ sowie weitere Beweismittel sichergestellt worden sein. Die Neonazis sollen nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft für das folgende Wochenende Anschläge auf Asylbewerberwohnheime, Muslime und Moscheen geplant haben. Vier Leute wurden festgenommen. Außerdem ermittelt die Anklagebehörde gegen fünf weitere Beschuldigte, deren Wohnungen ebenfalls durchsucht wurden. Die Gruppe soll spätestens seit November 2014 bestehen. Die Facebook-Seite bestand seit September 2014. Es bestehen vielfältige Bezüge nach Nordrhein-Westfalen.

Selbstverständnis und Gewaltphantasien des Terrornetzwerkes

Laut Eigenbeschreibung der „OSS“ auf der bis zuletzt öffentlich zugänglichen (sie ist inzwischen gesperrt) Facebook-Seite seien sie eine „Verbindung gleichgesinnter Menschen die, die Werte Respekt, Loyalität, Ehre, Bruderschaft und Toleranz nicht nur als Floskel sehen, sondern diese Tugenden leben.“ Drohungen gegen Menschen wurden dort offen ausgesprochen: „Eine Kugel reicht nicht aus“. Und um „ungebetene Gäste“ würde sich die Gruppe selbst kümmern. Man „rufe nicht die Polizei“. Es werden alle möglichen rassistischen Seiten gepostet. Aus verschiedenen politischen Richtungen. Hogesa steht natürlich hoch im Kurs. Beiträge von NPD, „Die Rechte“, PI-News, Pegida und freien neofaschistischen Seiten werden geteilt. Aber auch Beiträge der „Mainstreammedien“, wenn es ideologisch passt.

Dass Programm der „OSS“ ist stramm an die historische Ideologie des Nationalsozialismus angelehnt:

„[…] Wer als Ausländer in Deutschland nicht arbeitet, straffällig wird, oder sich Integration Unwillig zeigt wird sofort Ausgewiesen.

Rente bleibt generell nur dem Deutschen Staatsbürger, die keinen ausländischen Hintergrund haben, vorbehalten. Alle anderen müssen sich, wie ein Selbstständiger, selbst versichern, somit kann auch keine Versicherung an seine Kinder und Frauen weitergeleitet werden bzw mitversichert, es sei denn der Versicherte zahlt.

Des Weiteren müssen sich nicht Deutschstämmige privat Krankenversichern.

Auch räumen wir ein Asylrecht ein, in besonderen Fällen, allerdings sehr begrenzt und an Orten die dem Volk nicht schaden und mit der Auflage unentgeltliche Arbeit zu leisten. […]“

Wer da nicht an die Nürnberger Rassengesetze von 1935 denkt…

Geschlossene Chat-Gruppe der „OSS“

Wer nun aber denkt, rassistische und ge-



waltverherrlichende Postings gäbe es auf Facebook doch genug – was ist also so besonderes an der „OSS“, der wird bei der FAZ fündig:

„Noch deutlicher ging es in den geschlossenen Chat-Räumen von OSS zu. ‚Da haben die richtig die Sau rausgelassen‘, heißt es aus Sicherheitskreisen. Ganz offen habe der sich unbeobachtet fühlende OSS-Zirkel darüber kommuniziert, dass man nicht länger zuschauen wolle, wie Deutschland weiter vor die Hunde gehe, dass es nun zu handeln gelte. ‚Der Ekelfaktor der Äußerungen ist kaum zu überbieten. Die haben sich gegenseitig aufgestachelt, jeder sollte in seiner jeweiligen Region etwas machen.‘ Seit Anfang des Jahres sei die Diskussion in dem geschlossenen Chat-Raum immer konkreter geworden. Zunächst hätte es demnach um den bewaffneten Kampf gegen islamistische Salafisten gehen sollen. Das Kalkül sei gewesen, damit öffentliche Akzeptanz für mögliche Anschläge zu erreichen. Ob die mutmaßliche Terrorgruppe aber auch schon konkrete Anschlagsziele oder Anschlagstermine ins Auge gefasst hatte, ist indes unklar.“ …

Schwerpunkt NRW

Ob sich die drei Männer schon zu ihrer Zeit in NRW kennengelernt haben, ist nicht bekannt. Aber es fällt schon auf, dass drei der vier Verhafteten Wurzeln in NRW haben. Bekannte Besuche von Demonstrationen sind nur aus NRW bekannt: Das sind Hogesa 2014 in Köln und der Aufmarsch von „Die Rechte“ am 28. März in Dortmund. Nur ihr „Familientreffen“ fand in Borna statt. Es fallen Namen aus dem gesamten rechtspopulistischen und neofaschistischen Spektrum: Von pro NRW (Facebook-Kontakt von Andreas H.: Jörg Uckermann, ExproNRW) über Pegida (Lobhudeleien auf der Facebook-Seite von der „OSS“) und Hogesa („OSS“ war 2014 in Köln dabei; Fotogalerie) bis zur NPD (Markus W. war bei den Kommunalwahlen NRW in 2009 Kandidat der NPD) und „Die Rechte“ (Neonazi-Aufmarsch am 28. März in Dortmund; Fotogalerie)…

„Rechte Deppen haben eine Bombe gebaut und der Verfassungsschutz wollte einen Arbeitsnachweis liefern“ (telepolis)

Auch wenn „es sich bei ihnen um Personen, die nicht über eine hohe Intelligenz verfügen, sondern eher dumpf sind“, handelt, wie Burkhard Freier, der Chef des NRW-Verfassungsschutzes, gegenüber der WAZ äußert, darf man die „OSS“ nicht unterschätzen. Schließlich gab es über das interne Chat-Forum wohl konkrete Absprachen für das Wochenende und Freier befürchtete: „Wir hatten wegen ihrer Gewaltfantasien Sorge, dass sie völlig durchdrehen“!

Anschlag am Wochenende geplant

„Die Nachrichtenagentur dpa meldet, die Gruppe habe ein Attentat am kommenden Wochenende geplant. Das sei aus der internen Kommunikation hervorgegangen, die abgehört wurde. Das erfuhr die dpa aus Sicherheitskreisen. Mit den von der OSS geplanten Bomben hätten demnach Menschen verletzt oder getötet sowie Gebäude stark beschädigt werden“, so die Mittelbayrische Zeitung.

Hat der VS etwa gelernt aus dem NSU?

Es liest sich oft in den Medien wie ein gewollter „Arbeitsnachweis“ für den Verfassungsschutz. Aber nein: Es gab eine konkrete Bedrohung! Ob der VS aus dem NSU gelernt hat? Wer weiß das? Schließlich haben es die Mitglieder des Terrornetzwerkes „OSS“ dem VS durch ihre Verknüpfung mit einer offenen Facebook-Gruppe auch arg einfach gemacht…

Jan Große Nobis

Siehe auch: Aus der Kommentarspalte in den bewaffneten Kampf – ein Hintergrundartikel zum OSS http://wutimbau.ch/article/aus-der-kommentarspalte-in-den-bewaffneten-kampf-ein-hintergrundartikel-zum-oss/

Protest gegen rechte Stadtführungen

Gewerkschafter/innen proklamieren Gegenoffensive gegen rechtsextreme Regierungspraxis in französischen Städten – Unterdessen hat ein neofaschistisch geführtes Rathaus auch Ärger mit Polizei & Justiz

Aus dem Gewerkschaftshaus von Béziers berichtet Bernard Schmid

Frankreichs extreme Rechte hat einige aktuelle Sorgen. Am Spätnachmittag des Dienstag, den 5. Mai 2015 wurde das Rathaus von Béziers, der mit 71 000 EinwohnerInnen bevölkerungsstärksten der rechtsextrem regierten Städte im Land – insgesamt fünfzehn Kommunen mit knapp 500 000 BewohnerInnen – durch die Kriminalpolizei durchsucht. Dies war die Antwort auf die Sprücheklopferei des amtierenden Bürgermeisters, Robert Ménard, am Vorabend bei einer Fernsehdebatte.

Ménard, einstmals ein radikaler Linker in den 1970er Jahren und später Vorsitzender der NGO „Ärzte ohne Grenzen“, ist seit Jahren wieder auf der extremen Rechten gelandet, wo seine familiäre Herkunft liegt. Als Kind von Eltern, die als französische Kolonialsiedler in Algerien lebten und bei der Entkolonisierung die rechte Terrororganisation OAS („Organisation geheime Armee“) unterstützten, hat er an die familiäre Tradition wieder angeknüpft. Konsequent ließ er im März dieses Jahres den „Boulevard des 19. März 1962 in seiner Kommune, der nach dem Datum des Waffenstillstands im Algerienkrieg benannt war, umtaufen. Seitdem trägt die breite Straße den Namen von Hélie de Saint-Marc, der mit der Waffe gegen die französische Politik des Rückzugs aus Nordafrika während der Entkolonisierung kämpfte. An der feierlichen Einweihung des neuen Straßennamens sowie der Gegendemonstration von Antifaschist/inn/en nahmen 2000 bis 3000 Menschen, beide Seiten zusammengerechnet, teil. Rathäuser haben zwar keine bedeutende Macht, zumal seitdem die finanzielle Mittelausstattung der Kommunen durch den Zentralstaat zurückgeht. Aber auf ideologischem Gebiet können sie Symbole setzen und dadurch politische Pfähle einschlagen.

Am Montag Abend dieser Woche nun tönte Ménard bei einer TV-Debatte, es sei nun genug mit Forderungen nach Mittelausstattungen für die Schulen in seiner Stadt, denn diese zählten angeblich „64 Prozent muslimische Kinder“. Die haarsträubende Behauptung lässt sich statistisch weder belegen noch untermauern, denn so genannte „ethnische“ Statistiken – die soziale Merkmale der Bevölkerung nach Religionsgruppen oder Herkunft aufschlüsseln – sind gesetzlich verboten. Der rechte Präsident Nicolas Sarkozy versuchte dieses Verbot 2007 aufzuheben, doch wurde vom Verfassungsgericht gestoppt. Ménard behauptet nun lautstark, sein Rathaus habe eigene Statistiken anfertigen lassen. Dies sei leicht, denn „auch wenn man das Gegenteil behauptet, kann man die Konfessionszugehörigkeit doch leicht von den Namen und Vornamen ableiten“. Angesichts dieses freimütigen Bekenntnisses zu einer vollkommen illegalen Praxis reagierte die Staatsanwaltschaft schnell und leitete ein Ermittlungsverfahren ein. Ménard ruderte am späteren Dienstag Abend und am Mittwoch (6. Mai 2015) zurück und behauptete nun: „Niemand wird in Béziers nach Religionszugehörigkeit gespeichert, niemand. Wir haben überhaupt nicht die Mittel dazu!“

Dieser Auftritt war unfreiwillig gut getimed. Denn den ganzen Mittwoch über nahmen zwischen 100 und 150 Gewerkschafter/innen aus ganz Frankreich an einem Treffen in Béziers teil, um im Namen der abhängig Beschäftigten Zeichen gegen die rechtsextreme Politik zu setzen. Ihre Tagung war eine Fortsetzung des Treffens von rund 1000 Menschen im Pariser Gewerkschaftshaus am 29. Januar 2014, zu dem die Gewerkschaftsverbände CGT, Solidaires und FSU aufgerufen hatten. Gemeinsam wollen die Verbände gegen die Versuchung einer Stimmabgabe für die Rechten, welche die – wie sie einräumen, um nach besseren Antworten zu suchen – auch in den eigenen Reihen vorkommt, argumentativ und politisch kämpfen.

„Der Front National tritt als Anti-Sparpolitik- und als Anti-Systempartei an, doch wo er örtlich regiert, verschärft er die Austerität nur noch“, erklärte um die Mittagszeit CGT-Führungsmitglied Pascal Debay bei einer Pressekonferenz. Diese Feststellung wurde den ganzen Tag über auch in vier Arbeitsgruppen zu den Themen „Rechtsextreme Kommunen als Arbeitgeber“, „Kommunalpolizei und Repression“, „Bildung und Erziehung“ sowie „Kulturpolitik“ herausgearbeitet. Auf all diesen Feldern wurde die Politik der öffentlichen Hand zugunsten gesellschaftlicher Bedürfnisse in den rechtsregierten Kommunen zurückgefahren. In Béziers schloss Ménard Kinder, die mindestens einen arbeitslosen Elternteil aufweisen, vom preisreduzierten Kantinenessen aus – mit der Begründung, die Eltern könnte ja kochen -, und der kommunale Sozialhaushalt für Härtefälle wurde um fünf Prozent Finanzausstattung verringern. Gleichzeitig führte Ménard neue „Straftatbestände“, die in keinem Gesetzbuch stehen, ein: Wer tagsüber Wäsche an den Fenstern aufhängt – und dadurch in seinen Augen das Stadtbild verschandelt – oder auf den Boden spuckt, soll eine Strafe bezahlen. Und wer bei einem solchen „Vergehen“ erwischt wird, soll auch eine Moralpredigt im Rathaus über sich ergehen lassen. Wer sich dem entzieht, soll von sozialen Härtefallhilfen der Kommune ausgeschlossen bleiben.

Béziers ist nur eines von fünfzehn Rathäusern, die derzeit durch die extreme Rechte in Frankreich geführt werden, darunter elf durch den Front National (FN) und vier durch die ebenfalls neofaschistische Regionalpartei ‚Ligue du Sud‘ im Raum Avignon – Letztere ist im Wesentlichen eine Abspaltung vom FN. (Hinzu kommen ein halbes Dutzend kleinerer Kommunen mit formal parteilosen Bürgermeistern.) Béziers ist mit rund 71 000 Einwohner/inne/n die bevölkerungsreichste dieser fünfzehn Städte. Die südfranzösische Stadt muss ökonomisch als abgehängt gelten.

Mehrfach wurde sie insbesondere durch Weinbaukreisen wirtschaftlich gebeutelt. Im frühen zwanzigsten Jahrhundert waren hier industrielle Weinhersteller erstarkt, die jedoch zum Teil Panschpraktiken betrieben – Zucker wurde unter ihren Wein gemischt, oder er wurde mit Wasser gestreckt. Jener Fusel, mit dem die Soldaten im Ersten Weltkrieg abgefüllt wurden, um sie in den Schützengräben stillzuhalten – offiziell stand ihnen ein „Anrecht“ auf einen Liter Wein zu – kam zum Teil hierher. Doch nach dem Ausgang des Ersten Weltkriegs wurden diese Massenbestellungen durch die Armee storniert, und ferner wurden Qualitätskontrollen für den Wein eingeführt. Ein Teil der Hersteller ging Pleite, oder er entging dem Bankrott durch einen Übergang zu Qualitätsproduktion, opferte dabei jedoch einen Teil seiner Betriebe und des Personals. Späterhin erlebte das Gewerbe in der Region nochmals eine Blüte dank der Verarbeitung von Wein-Ausgangsprodukten, die aus dem französisch kolonisierten Algerien hier eingeschifft wurden. Nach der Entkolonisierung von 1962 in Algerien war es vorbei mit der massenhaften Einfuhr von Fässern mit Trauben oder Traubensaft. Auch deswegen vielleicht ist die kolonialistische Euphorie in der Gegend stark verankert, sie hätte demnach eine materielle Grundlage.

→

FN: Leicht verpatzter 1. Mai-Aufmarsch und Durchgreifen gegen Altpatriarch Jean-Marie Le Pen

Dies hätte er wohl nicht erwartet: Am Montag, den 4. Mai 2015 entschied der engere Parteivorstand – das Bureau exécutif – des Front National, den Altvorsitzenden Jean-Marie Le Pen mit dem Aussetzen (der „Suspendierung“) seiner Mitgliedsrechte zu sanktionieren. Dies kommt einem vorläufigen Ausschluss gleich, der kürzer- oder mittelfristig in einen definitiven Ausschluss umgewandelt oder aber nach einiger Zeit beendet werden kann.

Der demnächst (im kommenden Monat) 87jährige Jean-Marie Le Pen hatte die neofaschistische Partei, zusammen mit einigen Mitkämpfern, am 5. Oktober 1972 in Paris offiziell gegründet. Der harte Kern der rechtsextremen Aktivisten, die die „Nationale Front“ aus der Taufe hoben und überwiegend aus der gewalttätigen Studierendengruppe unter dem Namen Ordre Nouveau kamen, hatten ihm den Vorsitz angetragen und dabei gedacht, sie könnten ihn als Gallionsfigur benutzen. Zuvor hatte der faschistische Ideologie Dominique Venner – der Mann, der am 21. Mai 2013 auf spektakuläre Weise Selbstmord begehen würde, indem er sich in der Pariser Kathedrale Notre-Dame eine Kugel in den Kopf schoss – das Angebot auf Übernahme des Vorsitzes ausgeschlagen. Doch statt sich zur Gallionsfigur der überwiegend deutlich jüngeren Truppe der ‚Ordre Nouveau‘-Leute machen zu lassen, drehte Jean-Marie Le Pen in der Folgezeit den Spieß um, und nahm innerparteilich die Sache voll in die Hand. Schon 1973 verließ die Ordre Nouveau-Riege, die als die eigentliche Gründertruppe des FN gelten durfte, die Partei enttäuscht oder in Rage und gründete später einen eigenen Verein, die „Partei der neuen Kräfte“ (den PFN, Parti des forces nouvelles). Letztere Formation sollte sich auf Dauer als Rohrkrepierer erweisen.

Jean-Marie Le Pen hat also schon einigen Widrigkeiten in seinem politischen Leben widerstanden und glaubte, auch dieses Mal als Sieger aus der Auseinandersetzung hervorzugehen. Eröffnet worden war diese besonders dadurch, dass Jean-Marie Le Pen in Interviews mit dem bürgerlichen Privatsender BFM TV (eine Fernsehstation für Sensationsmacherei und Dauerberieselung) am 2. April d.J. sowie in der Ausgabe der altfaschistischen Hardcore-Wochenzeitung ‚Rivarol‘ vom 9. April 2015 kein Blatt vor den Mund genommen hatte. In ersterem Interview bekannte er sich u.a. zu seinen seit September 1987 mehrfach getätigten Aussprüchen über die Gaskammern, die als Softcore-Version der „Auschwitzlüge“ gelten müssen. Im zweitgenannten ließ er sich unter anderem über den Marschall Philippe Pétain – den Chef des mit NS-Deutschland zusammenarbeitenden Kollaborationsregimes im Zweiten Weltkrieg – mit den Worten aus, der Oberkollaborateur sei „in (s)einen Augen nie ein Verräter“ gewesen.

Seiner Tochter Marine Le Pen (46), die offiziell am 16. Januar 2011 – während eines im westfranzösischen Tours abgehaltenen Parteitags – den Vorsitz beim FN von ihm übernommen hatte, platzte nunmehr der Kragen. Ihr und ihrer Umgebung liegt aus strategischen Gründen viel daran, nur nicht in den Geruch einer Komplizenschaft mit dem Nazismus und dem historischen Faschismus zu kommen. Denn die aktuelle Führungsriege ist davon überzeugt, die Schlacht um eine Rehabilitierung dieser historischen Verbrecherregimes sei bereits geschlagen und verloren – man möge sich deshalb lieber auf „Zukunftsfragen“ konzentrieren. Marine Le Pens Lebensgefährte und Vizevorsitzender, Louis Aliot (45), goss seine Auffassung dazu in folgende Theorie: „Unsere Diabolisierung/Verteufelung (diabolisation) hängt ausschließlich am uns unterstellten Antisemitismus. Diesen Riegel müssen wir aufsprengen“, um nicht auf Dauer von wirklichem politischen Einfluss und politischer Macht(teilhabe) ferngehalten zu werden.

Dass seine Mitgliedschaft bei der von ihm begründeten Partei infrage gestellt werden könnte – dies hatte Jean-Marie Le Pen wohl nicht ernsthaft einkalkuliert. Vielmehr rechnete er sicherlich mit einer andersartigen Sanktion: dem Entzug des „Ehrenvorsitzes“, welcher ihm auf dem Parteitag vom Januar 2011 angetragen worden war. Laut Jean-Marie Le Pens eigener Sicht handelte es sich bei diesem „Ehrenvorsitz“ (présidence d‘honneur) um eine Präsidentschaft auf Lebenszeit – also ein Amt, das ihn also bis an sein Lebensende dazu berechtige, der aktuell bestehenden Parteiführung in die Parade zu fahren und ins Geschäft hinein zu pfuschen. Er rechnete wohl mehr oder minder fest damit, dass dieser (ursprünglich als symbolisch konzipierte) Posten ihm entzogen werden könnte. Deswegen hatte die letzte Garde seiner nicht von Zweifeln behafteten Verteidiger, unter ihnen sein Ewiger Zweiter, der Ex-Juraprofessor Bruno Gollnisch, in den letzten Tagen eigens eine Argumentation dafür aufgebaut: Da ein Parteikongress ihm dieses Amt verliehen habe, könne auch nur ein Kongress es ihm wieder entziehen.

Zweifellos hat diese Verteidigungslinie die amtierende Parteiführung dazu gebracht, stattdessen gleich auch die Mitgliedsrechte des Altmitglieds mit zu kassieren – eine Entscheidung, die laut Statuten durch eine Kommission aus Vorstandsmitgliedern getroffen werden kann.

Jean-Marie Le Pen zürnt nun darüber heftig und klagte öffentlich an, er „schäme“ sich dafür, dass die derzeitige Parteivorsitzende „meinen Namen trägt“. Eine eigene leibliche Tochter in der Öffentlichkeit zu verstoßen, und/oder jedenfalls geistig und politisch zu enterben, ist für den alternden Jean-Marie Le Pen freilich nichts Neues: Bereits im Winter 1998/99, anlässlich der damals durch die Krise zwischen Jean-Marie Le Pen und seinem früheren Chefideologen Bruno Mégret ausgelösten Spaltung, verfuhr er ähnlich. Damals entzog er der ältesten seiner drei Töchter, Marie-Caroline Le Pen (die mit einem der Herolde Bruno Mégrets, mit Namen Philippe Olivier, liiert war), vor laufenden Mikrophonen und Kameras das familiäre Dach. Heute kappt er nun auf ähnliche Weise symbolisch die Abstammungslinie mit der jetzigen Parteivorsitzenden.

Heute erweckt die Stadt den Eindruck, als habe sie ihre Zukunft zum größten Teil hinter sich. Das Stadtzentrum und das Viertel rund um den Bahnhof wirken in den Abendstunden weitgehend wie verwaist, viele Länden sind zu, offene Restaurants sind beinahe leer. Gleichzeitig führte der vorherige Bürgermeister Raymond Couderc, welcher 19 Jahre lang regierte (von 1995 bis 2014) und in jener Zeit einige ideologische Grundlagen für die Übernahme der Stadt durch die extreme Rechte – insbesondere in Sachen Kolonialnostalgie – legte, in seiner Amtszeit ein neues Stadtwappen ein. Es prangt etwa auf den städtischen Mülltonnen und verkündet stolz: „Béziers – Ein Eroberungsgeist!“

Eine Folgetagung des Gewerkschafter-/innen/treffens wird im Oktober 2015 in (der früheren Stahlarbeiterstadt) Hayange in Lothringen, einer anderen der FN-regierten Kommunen, stattfinden. Allein, es steht zu befürchten, dass das Wetter dort weniger sonnig ausfallen dürfte.

Bernard Schmid, 6. Mai 2015, Paris ■

Er malte laut seinen Gedanken aus, dass Marine Le Pen doch gefälligst ihren Familiennamen ändern könne, indem die (bereits doppelt geschiedene) Tochter heirate. Entweder ihren tatsächlichen Lebensgefährten Louis Aliot oder aber ihren anderen Vizevorsitzenden, den jungen Florian Philippot – dessen Homosexualität der französischen Öffentlichkeit längst bekannt ist.

Auch seinen „Ehrenvorsitz" wird Jean-Marie Le Pen wohl in naher Zukunft verliehen. Die aktuell amtierende Parteiführung kündigte jedenfalls an, innerhalb von „drei Monaten" formal eine außerordentliche „Generalversammlung der Mitglieder" – die einen (Delegierten-)Kongress noch toppen kann – einzuberufen, um darüber abstimmen zu lassen.

In Wirklichkeit jedoch wird allerdings an eine Urabstimmung auf postalischem und/oder elektronischem Wege gedacht. „Innerhalb von drei Monaten", also de facto Ende Juli und Anfang August d.J., damit auch nichts anbrennen kann… Im Verlauf des Wochenendes vom 9./10. Mai 2015 hat Jean-Marie Le Pen bereits dagegen Protest eingelegt und gefordert, auf dass die „Formengleichheit" zwischen dem damaligen Parteitag (welcher ihm den „Ehrenvorsitz" verliehen hatte) und dem künftigen Sonderparteitag gewahrt bleibe, müsse ein „echter" und nicht virtueller Kongress stattfinden. Gleichzeitig schafft die Parteiführung allem Anschein nach andere Fakten, um – vorläufig auch im Rücken der Mitgliederöffentlichkeit – den Abschied vom „Alten" politisch und symbolisch vorzubereiten. Am 7. April 2015 jedenfalls meldete ein Mitarbeiter von Florian Philippot, ausweislich eines Berichts der Wochenzeitung ‚Le Canard enchaîne' aus der vergangenen Woche (Ausgabe vom 6. Mai 2015), schon mal beim Patentamt das Urheberrecht auf einen eventuellen neuen Parteinamen an. Er würde ‚Les Patriotes' lauten, also „die Patrioten". Ähnlich, wie die konservativ-wirtschaftsliberale Partei UMP sich demnächst, anlässlich eines Sonderkongresses am 30. Mai d.J., voraussichtlich in ‚Les Républicains' umbenennen wird. „Die Republikaner" – abgeguckt wohl nicht bei den bundesdeutschen REPs, sondern beim US-amerikanischen Namensvorbild.

Der FN am 1. Mai 2015

Dem aktuellen innerparteilichen Ärger voraus ging ein 1. Mai 2015, der aus Sicht des Front National in buchstäblicher Hinsicht wie im übertragenen Sinne verregnet ausfiel. Aufgrund der Witterung nahmen in diesem Jahr nur rund 2000 Anhänger an der jährlich stattfindenden rechtsextremen 1. Mai-Kundgebung teil, das ist eine erheblich geringere Anzahl als in den Vorjahren. (Durch Witterung plus Schulferien im Pariser Raum war allerdings auch die nachmittägliche „klassische" 1. Mai-Demonstration der Gewerkschaften in ihrer Teilnehmer/innen/zahl in diesem Jahr beeinträchtigt.)

Ferner störte auch Jean-Marie Le Pen mit seiner unerbetenen Anwesenheit auf der Bühne – obwohl ihm dort ein Redeverbot auferlegt worden war – die aktuelle Parteichefin. Der Alte kreuzte kurzzeitig in einem leuchtend roten Parka auf, legte einen Kranz für die „Nationalheilige" Jeanne d'Arc (die „Jungfrau von Orléans" aus dem Dreißigjährigen Krieg) nieder und rief dazu provokatorisch aus: „Zu Hilfe, Jeanne!" Zusätzlich aber störten unmittelbar darauf drei Aktivistinnen der ursprünglich aus der Ukraine stammenden, doch in Frankreich in jüngerer Zeit sehr aktiven Frauenbewegung ‚Femen' die Rede der Vorsitzenden. Sie entrollten – wie üblich barbusig auftretend – ein Protesttransparent von einem Hotelbalkon herunter, auf dem der Front National mit Nazisymbolen assoziiert und mit Hitler in Verbindung gebracht wurde. Am selben Ort hatte bereits am 1. Mai 1995 ein antifaschistischer Protest des damaligen Anti-FN-Netzwerks ‚Ras L'Front' (RLF) stattgefunden. Minutenlang sorgte in diesem Jahr der Auftritt der ‚Fémen' die Szenerie. Auf dem Platz vor der Pariser Oper, wo die Kundgebung stattfand – unter Anwesenheit des Verfassers dieser Zeilen – liefen der paramilitärische Ordnerdienst der Partei, das DPS (‚Département protection et sécurité', also „Abteilung Schutz & Sicherheit") und einige Aktivisten wild durcheinander und in Richtung des Hoteleingangs. Schlussendlich wurden die drei ‚Femen' nicht etwa durch die Polizei, sondern durch den eigenmächtig handelnden DPS der Partei aus ihrem Hotelzimmer befördert. Sowohl die drei Frauen als auch die rechtsextreme Partei, deren Kundgebung sie beeinträchtigt hatten, erstatteten wechselseitig Strafanzeige.

Mitarbeiter/innen von zwei verschiedenen TV-Sendeanstalten wurden körperlich angegriffen. Der stärkste Hass galt dabei der auf Enthüllungsjournalismus und Satire spezialisierten Sendung ‚Le petit journal' des Privatfernsehsenders ‚Canal +'. Ein Stabmikrophon der TV-Anstalt wurde vom (noch immer amtierenden) Europaparlaments-Abgeordneten und früheren hochrangigen Parteifunktionär Bruno Gollnisch – auch „Gogol" genannt – persönlich zerstört: Er schlug mit einem Regenschirm zu. Vgl. dazu die Aufnahmen unter: http://bigbrowser.blog.lemonde.fr/2015/05/05/les-coups-de-parapluie-du-fn-sur-la-liberte-de-la-presse/ sowie das Video der Ereignisse unter: http://www.canalplus.fr/c-emissions/c-le-petit-journal/pid6515-le-petit-journal.html?vid=1258808

B.S., Paris ■

Gehört beim 1. Mai 2015 des FN

Parteioffiziell ist offener Antisemitismus beim FN, jedenfalls auf höheren Etagen, heute verbannt. So will es die Linie von Marine Le Pen und Louis Aliot. In den Reihen seiner 1. Mai-Kundgebung hört sich dies jedoch anders an. Dank der geringen Dichte der Menge auf dem Pariser Opernplatz konnte man in diesem Jahr in den eher spärlichen Reihen den Konversationen unter den Anhängern Marine und/oder Jean-Marie Le Pens leicht zuhören.

So etwa jenen, hinter dem Verf. dieser Zeilen stehenden, die sich angeregt über ihre Besuche bei Veranstaltungen des Berufs-Antisemiten Alain Soral austauschten. „Mein Arbeitskollege ist ein Linker, er ist immer noch nicht vom Wählen für François Hollande abgekommen. Er hat sich glatt geweigert, zu Alain Soral mitzukommen!" Dieselben diskutierten, noch angeregter, über die angebliche Macht „der Zionisten" in Frankreich. Aber auch über behauptete soziale Vorrechte für „die Araber".

Ein anderer, rechts vor dem Korrespondenten stehenden, steckte seinerseits seinem Nachbarn: „Mein Vater war Landwirt und hat bis zum Alter von 70 gearbeitet, für ein geringes Auskommen im Alter. Und hier kommen einfach Ausländer her, der letzte Fellaga (Anm.: rassistischer Schimpfbegriff speziell für Algerier) und bekommen eine volle Rente nachgeworfen, selbst wenn sie nie hier gearbeitet haben. (Anm.: Was selbstverständlich absolut nicht zutrifft.) Wenn es so weitergeht, dann greife ich zum Gewehr! Ich ertrage das nicht länger/mache das nicht länger mit." Derselbe kam im Laufe der rund viertelstündigen Unterhaltung gleich drei Mal auf den 5. Juli 1962 in Oran zu sprechen. Dieses Datum markiert den Tag der Unabhängigkeit in Algeriens, aber im Falle von Oran auch schwere Übergriffe auf die europäische Siedlerbevölkerung in einem Teil der Stadt. Voraus gingen ihr allerdings Terrorangriffe der rechten pro-kolonialistischen „Organisation geheime Armee" (OAS), die zu Racheakten der schwer attackierten einheimischen Zivilbevölkerung führten. Die Obsessionen der Berufsvertriebenen aus dem ehemaligen „französischen Algerien" bleiben offensichtlich in der FN-Anhängerschaft höchst präsent. ■

Flüchtlingsgipfelchen?

Städtetag kritisiert Ausschluss der Kommunen

Für das laufende Jahr rechnet der Bund offenbar mit bis zu 400 000 Asylanträgen. Das ist deutlich mehr als ursprünglich prognostiziert. Kurz vor dem Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt wird aber Kritik an anderer Stelle laut: der Städtetag beklagt Ausschluss der Kommunen.

Am Freitag (8.05.) treffen sich Vertreter von Bund und Ländern im Kanzleramt zu einem Flüchtlingsgipfel. Der Deutsche Städtetag kritisiert, dass zu dem Flüchtlingsgipfel keine Vertreter der Kommunen eingeladen wurden. „Die Erfahrungen der Kommunen können helfen, zu verbindlichen Absprachen zu kommen, dafür müssten wir allerdings mit am Tisch sitzen“, sagte Städtetagspräsident Ulrich Maly (SPD) der Rheinischen Post.

An dem Gipfel mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sollen Vertreter mehrerer Bundesländer teilnehmen sowie von der Bundesregierung neben der Kanzlerin unter anderem Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU).

Maly appellierte an die Runde, mehr für die Kommunen zu tun. „Wenn das Treffen dazu beiträgt, dass Bund und Länder sich bei der Flüchtlingsunterbringung und den notwendigen Integrationsleistungen stärker einbringen, wäre eine Menge erreicht“, sagte der Nürnberger Oberbürgermeister.

Vor dem Gipfel hatten die Bundesländer deutlich mehr Geld gefordert, um die steigenden Kosten der Flüchtlingsunterbringung zu decken. Im vergangenen Herbst hatte der Bund eine Milliarde Euro für die Versorgung der Flüchtlinge zugesichert.

Staatsregierung leidet unter Balkan-Phobie

Die CSU-Staatsregierung ersinnt immer neue Maßnahmen, um Flüchtlinge aus den Balkan-Staaten Serbien, Bosnien, Mazedonien, Albanien und dem Kosovo von einer Flucht nach Deutschland abzuschrecken. Am 28.4.15 hat sie eine Bundesratsinitiative gestartet, um die Sozialleistungen für Flüchtlinge aus diesen Ländern zu kürzen.

Dieser Plan verstößt eklatant gegen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. In seinem bahnbrechenden Urteil vom Juli 2012 zum Asylbewerberleistungsgesetz hat es festgehalten, dass jeder Mensch in Deutschland einen verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum hat, denn die Bedürfnisse aller Menschen sind gleich. Eine Absenkung der Sozialleistungen unter dieses menschenwürdige Existenzminimum zur Steuerung der Migration hat das Bundesverfassungsgericht untersagt, da dies eine absolut unzulässige migrationspolitische Relativierung dieses menschenwürdigen Existenzminimums sei.

Zudem wurde eine Weisung aus dem Innenministerium vom 31.03.15 bekannt, mit der den Ausländerbehörden generell untersagt wird, dieser Personengruppe Arbeitserlaubnisse zu erteilen.

„Uns drängt sich der Eindruck auf, dass die bayerische Staatsregierung unter einer Balkanphobie leidet, die ihr alle Sinne vernebelt. Viele der Flüchtlinge vom Balkan sind Roma, Angehörige der am meisten verfolgten Minderheit in ganz Europa. Ihre Diskriminierung hat ein solches Ausmaß angenommen, dass man sie als gruppenspezifische Verfolgung nach der Genfer Flüchtlingskonvention werten kann. Doch die bayerische Staatsregierung setzt allein auf Abschreckung, ignoriert vereinbarte Kompromisse, bricht geltendes Recht und plant den offenen Verfassungsbruch. Das menschenwürdige Existenzminimum steht in Deutschland jedoch allen zu, und dazu gehören neben den Mitgliedern der Staatsregierung auch Flüchtlinge aus Bosnien, Serbien, Mazedonien, Albanien und dem Kosovo!„

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 30.04.2015 ■

Rheinland-Pfalz: Brandanschlag auf Unterkunft im Limburgerhof

Politik muss mit Bekenntnis und Konzept zur Flüchtlingsaufnahme reagieren Zu dem Brandanschlag auf eine geplante Unterkunft für Asylsuchende im Limburgerhof erklären der AK Asyl Rheinland-Pfalz, die Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in RLP (AGARP) und der Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP: „Ebenso wie die vorangegangenen Brandanschläge in Vorra (Franken) und Tröglitz (Sachsen-Anhalt) zielt der Anschlag auf die geplante Unterkunft für Asylsuchende im Limburgerhof darauf ab, Flüchtlinge und ihre Unterstützer/innen frühzeitig in Angst und Schrecken zu versetzen und die Solidarität vor Ort zu untergraben. Sie zeigen, wie fragil und erschütterbar die scheinbar positive Grundstimmung ist, die Flüchtlingen entgegengebracht wird. Verantwortungsvolle Politik muss hierauf mit einem klaren und glaubwürdigen Bekenntnis und Konzept zur Flüchtlingsaufnahme reagieren. Hierzu gehört insbesondere die Breitstellung ausreichender Mittel

• für die dezentrale und integrationsfördernde Unterbringung von Asylsuchenden,
• für ihre sozial- und verfahrensrechtliche Beratung,
• für Sprachkurse und Maßnahmen zur schnellen Integration in den Arbeitsmarkt sowie
• zum Aufbau nachhaltiger Strukturen zur Förderung, Stützung, Begleitung und Qualifizierung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge vor Ort.“

Quelle: Pressemitteilung AGARP, AK Asyl, Initiativausschuss für Migrationspolitik 06.05.2015 ■

NRW beschließt die Abschiebehaft in Strafgefängnis

Düsseldorf/Büren – Der Landtag in NRW hat heute (29.4.2015) die Wiedereröffnung der JVA Büren für Abschiebehäftlinge beschlossen. Außer dem Namen am Klingelschild des Gefängnisses ändert sich nichts.

Im Juli 2014 musste die JVA Büren für Abschiebegefangene ihre Pforten schließen, weil der Europäische Gerichtshof und der Bundesgerichtshof festgestellt hatten, dass die Bedingungen für Abschiebehäftlinge in der JVA Büren nicht hinnehmbar sind. Heute hat der Landtag NRW ein Abschiebehaftvollzugsgesetz beschlossen, um Flüchtlinge wieder in Büren einsperren zu können.

Frank Gockel, Sprecher der AG Abschiebungshaft im AK Asyl e.V. hierzu: „Oberstes Ziel des Gesetzes ist es, den „Geist„ von Büren, nämlich die Behandlung von Flüchtlingen wie Schwerstkriminelle, aufrecht zu halten und alles so zu lassen wie es war.„ Im neuen Gesetz ist dieses auch explizit geregelt, in dem auf das Strafvollzugsgesetz verwiesen wird.

Büren war von Anfang an als Hochsicherheitsgefängnis ausgelegt. Selbst einfache Rückbaumaßnahmen, wie das Entfernen der Feinvergitterung an den Fenstern, werden nicht vorgenommen. Bereits in der Vergangenheit waren Telefongespräche nur zu überhöhten Gebühren an Kartentelefonen in der JVA Büren möglich. Noch immer wird es nur einen stark zensierten und überwachten Internetzugang geben.

Mit der Wiedereröffnung von Büren kommen die Politiker der SPD und der Grünen dem Wunsch der Ausländerbehörde nach, mehr Flüchtlinge inhaftieren zu können. Bisher mussten Flüchtlinge in das Abschiebegewahrsam nach Berlin verlegt werden, was mit weiten Wegen verbunden war. Die Behörden haben deswegen zu milderen Mittel, wie z.B. Meldeauflagen, gegriffen. Die AG Abschiebungshaft im AK Asyl e.V. rechnet damit, dass die Zahl der inhaftierten Flüchtlinge nun um 400 bis 500 Prozent steigen wird. Eine genaue Zahl wird sich aber nicht ermitteln lassen, weil das Innenministerium sich weigert, Statistiken zu veröffentlichen.

Gleichzeitig mit dem Abschiebehaftvollzugsgesetz wurde im Landtag über ein Antrag der Fraktion Die Piraten disku-

tiert. Diese wünschen, dass sich das Land NRW an einer Initiative im Bundesrat anschließt, in der die Abschaffung der Abschiebehaft gefordert wird. Dieser Punkt wird nun als nächstes im Innenausschuss des Landtages diskutiert. „Flüchtlinge gehören nicht eingesperrt„ fordert Gockel und begrüßt die Initiative der Piraten.

Quelle: Pressemitteilung AG-Abschiebungshaft@ak-asyl.info 29.04.2015 ■

Flüchtlinge Willkommen – Keine Massenunterkünfte im Landkreis Barnim!

Wir fordern eine solidarische und an den Bedürfnissen der Flüchtlinge orientierte Aufnahme, Unterbringung und Begleitung im Landkreis Barnim.

Nach der aktuellen Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge muss das Land Brandenburg im Jahr 2015 über 9200 Flüchtlinge aufnehmen (Stand: Februar 2015) – im Landkreis Barnim werden daher mindestens 800 Menschen aus unterschiedlichen Krisenregionen erwartet. Die Barnimer Willkommensinitiativen begrüßen die Aufnahme Schutz suchender Menschen im Barnim. Wir freuen uns, dass es dabei zunehmend praktische Unterstützung gibt: viele Menschen im Barnim sorgen für eine vielfältige Willkommenskultur. So haben sich mittlerweile in vielen Städten und Gemeinden Initiativen gebildet, die sich für die im Barnim lebenden Flüchtlinge einsetzen und untereinander austauschen.

Seit 2014 wird im gesamten Landkreis verstärkt nach Unterbringungsmöglichkeiten gesucht. Die Suche nach kurzatmigen Lösungen mit der Fokussierung auf-Massenunterkünfte kritisieren wir und fordern ein Konzept für den Landkreis, um eine dauerhafte Integration und Perspektiven für die Zukunft zu ermöglichen.

Folgende Grundvoraussetzungen sollten in den kommenden Jahren geschaffen werden und den Tenor der Flüchtlingspolitik im Barnim bestimmen:

• dezentrales Wohnen in eigenständigen Wohnungen

in Orten mit regelmäßiger Bus- und Bahnanbindung, psychologischer und juristischer Beratungsmöglichkeit, Schule, Kita, medizinischer Versorgung, Einkaufsstätten, Beschäftigungsmöglichkeiten, Begegnungsorten und Kontakt zu einheimischen Unterstützer*innen

• keine Unterbringung in Massenunterkünften

Übergangswohnheime (ÜWH) mit abgetrennten Wohneinheiten nur auf Kreis eigenen Grundstücken (nicht zur Gewinnmaximierung von Privatinvestor*innen), durch gemeinnützigen Träger oder Landkreis betrieben, Belegungskapazität max. 50 Personen, max. 3km vom Bahnhof entfernt

• endgültige Schließung der Massenunterkunft in Althüttendorf im Juli 2015

• Finanzierung von Professioneller Beratung und Begleitung

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de 07.05.2015 ■

Zum Flüchtlingspakt Schleswig-Holstein

Vor uns die Mühen der Ebene

Kieler Flüchtlingsrat begrüßt das Vorhaben der Landesregierung, die Integration der Flüchtlinge vom ersten Tag an zu fördern und mahnt Gleichbehandlung an.

Schon im Vorfeld der heute in Kiel mit über 500 TeilnehmerInnen stattgefundenen Flüchtlingskonferenz der Landesregierung hatten der Flüchtlingsrat und Andere ihre Vorschläge für eine künftige integrationsfreundliche Flüchtlingspolitik vorgelegt. Der heute verabschiedete „Flüchtlingspakt„ nimmt diese Anregungen in Teilen auf. Der Flüchtlingsrat begrüßt, dass mit den im Pakt enthaltenen Zielvereinbarungen die Chancen für Flüchtlinge konkret, messbar und nachhaltig verbessert werden sollen.

„Ministerpräsident Torsten Albig hat am 06.05.ultimativ die Ära einer integrationsfreundlichen Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein ausgerufen und die auf normierte Diskriminierung und Externalisierung setzende Praxis für überwunden erklärt„ freut sich Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. So seien mit dem Flüchtlingspakt konkret verbindliche Zielvereinbarungen für nachhaltige und überprüfbare Strategien zur Integration von Flüchtlingen festgeschrieben worden.

„Doch nach der Konferenz kommen die Mühen der Ebene!„ mahnt Martin Link. Bis zur geplanten Bilanzkonferenz im Herbst 2016 müssten sich die Ankündigungen des Pakts in Form von Haushaltsentscheidungen, die Zivilgesellschaft beteiligender Netzwerke oder einer bildungs- und arbeitsmarktlichen Integrationsförderung, die sich nicht nur an vermeintlicher Nützlichkeit der Flüchtlinge orientiert, beweisen.

Der Flüchtlingsrat und die in der Flüchtlingshilfe vor Ort engagierten Initiativen werden auch künftig den Geflüchteten im Land mit Rat und solidarischer Tat zur Seite stehen. Die Zielvereinbarungen des Flüchtlingspakts, (von Erstaufnahme und Integrationssteuerung über die Zuwanderungsverwaltung, die kommunale Koordinierung, Betreuung und Ehrenamt, über Wohnen, Sprachförderung, frühkindliche Bildung, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Bildung und Kultur, bis hin zu Ausbildung, Arbeit und Gesundheit), können – bei weitherziger und vor allem keiner Flüchtlingsgruppe das Willkommen verweigernder Umsetzung einer integrationsorientierten Aufnahmepolitik – dieses Bemühen nachhaltig unterstützen.

gez. Martin Link
Quelle: Presseerklärung Flüchtlingsrat

Plant Bundesinnenministerium ethnische Selektion beim Sprachkurszugang?

Zum Berliner Flüchtlingsgipfel am 70. Jahrestag der Befreiung:

Landesflüchtlingsräte protestieren gegen Ausgrenzung von Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten und fordern Sprachkurse für alle Flüchtlinge

Den Landesflüchtlingsräten sind Pläne des Bundesinnenministeriums (BMI) bekannt geworden, die bundesfinanzierten Integrationskurse offenbar für Flüchtlinge zu öffnen, die noch nicht rechtskräftig anerkannt sind. "Dass der Zugang zur Sprachförderung für aufenthaltsgestattete und geduldete Flüchtlinge möglich wird, ist längst überfällig", erklärt Martin Link, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats SH, am Freitag in Kiel für die 16 Landesflüchtlingsräte.

Die Pläne, die das BMI wohl beim Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern am 8. Mai in Berlin vorstellen will, haben nach Verlauten allerdings nicht die gleichberechtigte Sprachförderung aller Flüchtlinge zum Ziel. Gewöhnlich gut unterrichteten Quellen zufolge sollen Asylsuchende aus angeblich sicheren Herkunftsländern und solche aus dem Kosovo regelmäßig ausgeschlossen werden. Ein Großteil der somit betroffenen Flüchtlinge wären Roma oder Angehörige anderer Minderheiten.

„Dass am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus in Berlin ein Sondergesetz zur regelmäßigen ethnischen Selektion bei der Flüchtlingssprachförderung festgeschrieben werden soll, wäre ein ungeheuerlicher Vorgang!", protestiert Martin Link im Namen der Landesflüchtlingsräte.

Die Landesflüchtlingsräte und PRO ASYL lehnen die Klassifizierung in sichere und unsichere Herkunftsstaaten ab. Der Kern des Asylrechts sei die individuelle und unvoreingenommene Prüfung, ob ein Mensch schutzbedürftig ist. Politische Pauschalisierungen aufgrund von abstrakt-generellen Einschätzungen zur Situation in den jeweiligen Herkunftsländern werde dem grundsätzlich nicht gerecht. PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt warnt: „Eine Aufteilung von Flüchtlingen nach pauschalierender Betrachtung des Herkunftslandes, bevor ein unvoreingenommenes Asylverfahren durchgeführt wurde, ist eine Diskriminierung.„

Die Landesflüchtlingsräte fordern bedingungslosen Zugang zu Sprachkursen für alle Flüchtlinge!

für die Landesflüchtlingsräte
gez. i.V. Martin Link
Quelle: PM www.fluechtlingsraete.de 08.05.2015 ■

„Watch the Med„ fordert Notruf-Initiative

Die Einrichtung von direkten Fährverbindungen zwischen Nordafrika und Europa sind nach Ansicht der Notruf-Organisation „Watch the Med„ unerlässlich. Nötig seien sichere und legale Wege, sonst seien weitere Flüchtlingskatastrophen nur eine Frage der Zeit.

Nach der jüngsten Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer mit fast 1000 Todesopfern fordert die Organisation „Watch the Med„ die Einrichtung direkter Fährverbindungen zwischen Nordafrika und Europa. „Es ist vorauszusehen, dass künftig weitere Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer sterben werden, wenn sich am Zugangsweg nach Europa nichts ändert“, sagte Helmut Dietrich, Sprecher von „Watch the Med“, dem Evangelischen Pressedienst. Nach dem Zurückfahren der italienischen Seenotrettungsoperation „Mare Nostrum“ im Herbst 2014 seien Flüchtlingskatastrophen wie am Wochenende unvermeidlich.

Fähren von privaten Reedereien könnten den regulären Transport von Flüchtlingen übernehmen. Diese Schiffe sollten dann zum Beispiel unter einer weißen Flagge fahren, die deutlich mache, dass sie zivil unterwegs seien. Nur über einen regulären und sicheren Zugangsweg könne das „massenhafte Sterben im Mittelmeer“ beendet werden, sagte Dietrich.

Seit dem Ende von „Mare Nostrum“ beschränkt sich die italienische Küstenwache auf die Seenotrettung in der Nähe der italienischen Küste. Diese arbeite gut, sei jedoch angesichts der hohen Zahl der Bootflüchtlinge „völlig überfordert“, sagte Dietrich. Er betonte, dass es seit Anfang April im Mittelmeer im Vergleich zu den Wintermonaten eine „völlig neue Situation“ gebe. Aufgrund der wärmeren Jahreszeit und der Verschärfung der Krisen in Syrien, aber auch in Libyen, würden nun täglich Hunderte Menschen starten, um mit Booten von Nordafrika aus Europa zu erreichen.

Die Organisation „Watch the Med“ betreibt seit der Einstellung von „Mare Nostrum“ im Mittelmeer ein über Spenden finanziertes Alarm-Telefon für Noteinsätze im Mittelmeer. Europaweit engagieren sich dafür rund 100 Aktivisten, sie stellen rund um die Uhr einen Notruf-Telefondienst zur Verfügung. Sobald Notrufe von Flüchtlingen bei der Initiative eingehen, alarmiert diese den italienischen Seenotrettungsdienst und veröffentlicht den Notruf über Medien und soziale Netzwerke.

„Ohne das Alarm-Telefon wären in den vergangenen zehn Tagen einige hundert Menschen mehr ertrunken“, sagte Dietrich. Seit Anfang April habe „Watch the Med“ teilweise mit bis zu zehn in Seenot geratenen Flüchtlingsbooten gleichzeitig Kontakt gehabt. Auf den täglich startenden Schlauchbooten, Holzbooten oder Fischkuttern befänden sich jeweils oft mehrere hundert Menschen.

Nötig seien sichere und legale Wege, um Zufluchtsorte zu erreichen, ohne sich in tödliche Gefahren begeben zu müssen, betonte Dietrich weiter. „Watch the Med“ macht für die jüngste Flüchtlingskatastrophe die „mörderische Politik der EU“ verantwortlich. Vor allem das Herunterfahren der Rettungsprogramme im Mittelmeer und „die Abschottungsoperation Triton-Frontex“ seien die Ursachen dafür, dass die Zahl der Todesopfer unter den Flüchtlingen im Mittelmeer in den nächsten Monaten wieder steigen werde, warnt die Organisation. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 04.05.2015 ■

Mumia Abu-Jamal darf nicht im Gefängnis sterben!



Mumia Abu Jamal 2011 nach seiner Verlegung aus dem Todestrakt

Die VVN-BdA fürchtet den drohenden Tod ihres Ehrenmitglieds Mumia Abu-Jamal durch unterlassene Hilfeleistung und fordert angemessene medizinische Versorgung des schwer an Diabetes Erkrankten.

Als politischer Aktivist und kritischer Journalist war Mumia über seine Heimatstadt Philadelphia hinaus bekannt und stand seit seiner Jugend im Fadenkreuz reaktionärer Politiker, der Behörden und der Polizei. Seit dem 9. Dezember 1981 in Gefangenschaft, wurde er in einem manipulierten und unfairen Prozess 1982 wegen eines nicht von ihm begangenen Mordes zu Tode verurteilt. Zweimal konnte die drohende Hinrichtung durch die internationale Solidaritätsbewegung verhindert werden. 2011 wurde das Strafmaß in „lebenslänglich“ umgewandelt, ein neuer und fairer Prozess wird aber weiterhin verweigert. Seit Ende 2014 leidet Mumia Abu-Jamal an einer lebensbedrohlichen Diabetes-Erkrankung, die nicht behandelt wird! Mumia Abu-Jamal ist seit 2002 Ehrenmitglied der VVN-BdA. Peter Gingold, Resistance-Kämpfer und Antifaschist, schrieb 2001 als Bundessprecher der VVN-BdA im Geleitwort zu Mumias Buch „…aus der Todeszelle“: „Wir Überlebende des antifaschistischen Widerstandes, des Holocaust, zu denen ich gehöre, die stets den Tod vor Augen hatten und nur mit viel Glück der Nazihölle entronnen sind, können Mumias Situation wohl zuinnerst nachempfinden. In unserem Namen möchte ich diese Gefühle der tiefsten solidarischen Verbundenheit mit Mumia zum Ausdruck bringen“. Die VVN-BdA fordert nun von den US-amerikanischen Behörden: – Ermöglichen Sie sofort angemessene medizinische Versorgung und Betreuung durch externes Fachpersonal! – Ermöglichen Sie ungehinderten Zugang zu Mumia Abu-Jamal für Angehörige, Anwälte und Unterstützer! – Angemessene medizinische Versorgung für alle Gefangenen in den USA!

VVN-BdA, 28.4.2015

EU-Parlament: Flüchtlingskinder vor Abschiebung schützen

Das umstrittene Dublin-Abkommen soll für allein reisende minderjährige Flüchtlinge nicht gelten. Der Innenausschuss beschloss einen entsprechenden Antrag. Die Chancen, dass der Beschluss auch im Parlament eine Mehrheit findet, stehen nicht schlecht.

Allein reisende minderjährige Flüchtlinge sollen nach dem Willen des Europaparlaments einen besonderen Schutz vor Abschiebung bekommen. Der Innenausschuss des Parlaments stimmte am Mittwoch in Brüssel dafür, das umstrittene „Dublin“-Prinzip der EU bei unbegleiteten Kindern nicht anzuwenden. Die Regelung besagt, dass ein Asylsuchender in das zuerst betretene EU-Land abgeschoben werden kann, wenn seine Reise durch mehrere europäische Länder führte.

Im Fall minderjähriger Flüchtlinge ist die „Dublin“-Verordnung allerdings uneindeutig. Um das Kindeswohl zu sichern, sollten junge Flüchtlinge künftig nur in ein anderes Land gebracht werden, wenn es ihnen dort besser gehe, beschlossen die Parlamentarier. Eine Delegation des Parlaments wird nun Verhandlungen mit den 28 EU-Regierungen im Ministerrat aufnehmen, der bei der Überarbeitung des Gesetzes mitentscheidet.

Vor zwei Jahren hatten die beiden Institutionen schon einmal über den Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen gestritten. Damals hatte der EU-Ministerrat sich gegen die Aufhebung der Ersteinreiseland-Regel ausgesprochen. Allerdings hat das Europaparlament inzwischen bessere Chancen, seinen Standpunkt durchzusetzen: Der Europäische Gerichtshof hatte 2013 in einem Urteil klar gestellt, dass das Wohlergehen des Kindes oberste Priorität haben solle. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 08.05.2015 ■

Sechs Quadratmeter sind einfach zu wenig

Schwerin/Wismar – Schockiert und mit Trauer hat der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern auf die heute bekannt gewordene Tötung eines vermutlich aus der Ukraine stammenden Flüchtlings am Donnerstagabend in einem Asylbewerberheim in Wismar reagiert. „Das ist ein großes Unglück, das uns tief betroffen macht", sagte Ulrike Seemann-Katz, die Vorsitzende des Flüchtlingsrates am Freitag in Schwerin.

Zugleich warnte sie davor, das Tötungsverbrechen jetzt vorschnell zu be- oder zu verurteilen oder gar für ausländerfeindliche oder rassistische Stimmungsmache auszunutzen – zumal die genauen Tatumstände noch nicht geklärt seien, so Seemann-Katz.

Dennoch zeige auch dieser Fall nach Ansicht des Landesflüchtlingsrates so oder so, dass die Unterbringung von vielen Menschen, Flüchtlingen und Asylbewerbern zum Teil sehr unterschiedlicher Herkunft in den Gemeinschaftsunterkünften mehr oder weniger großes Konfliktpotenzial in sich berge. „Die gesetzlich vorgeschriebenen sechs Quadratmeter Wohnfläche pro Asylbewerber sind einfach zu wenig für ein menschenwürdiges Leben auf längere Zeit", fügte Ulrike Seemann-Katz hinzu. Zugleich unterstreiche das tragische Ereignis die Notwendigkeit von mehr sozialer Beratung für die Flüchtlinge und Asylbewerber. Besonders im Westteil des Landes fehle es nach wie vor an qualifizierter psychologischer und psychotherapeutischer Betreuung und fachkompetenter Behandlung speziell für traumatisierte Flüchtling und Asylbewerber, so Seemann-Katz. Zu bedenken seien dabei auch die Sprachbarrieren, welche den Zugang zu den Menschen oft erheblich erschwerten. Auch für dieses Problem fordere der Landesflüchtlingsrat schon seit Langem eine nachhaltige Lösung.

Quelle: Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern 01.05.2015 ■

EU-Kommission will Quotensystem

EU-Kommissionspräsident Juncker will in der Flüchtlingsfrage von den EU-Ländern keine „Betroffenheitslyrik" mehr hören. Die Kommission werde ein Quotensystem vorschlagen. In der Sache blieb Juncker aber vage.

In der Debatte über eine andere Verteilung von Flüchtlingen in der Europäischen Union geht die EU-Kommission auf Konfrontationskurs zu den nationalen Regierungen. „Wir werden ein Quotensystem vorschlagen", kündigte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vergangene Woche während einer Plenardebatte des Europaparlaments in Straßburg an. Einen entsprechenden Vorschlag werde seine Behörde am 13. Mai vorlegen, sagte Juncker. „Es kann nicht sein, dass wir die betroffenen Länder in dieser Frage alleine lassen."

Nach den derzeitigen EU-Regeln ist grundsätzlich das Ersteinreiseland für die Ankömmlinge zuständig, also in vielen Fällen etwa Italien oder Griechenland. Etliche nördliche Staaten, etwa Großbritannien, Tschechien und die baltischen Länder, lehnen es bisher ab, daran etwas zu ändern. Auf ihrem Krisengipfel zur Flüchtlingspolitik in der vergangenen Woche hatten sich die 28 EU-Regierungen zwar im Grundsatz offen für eine Umverteilung gezeigt. Sie beließen es aber in ihrer Schlusserklärung bei vagen Formulierungen.

„Betroffenheitslyrik auf Dauer" wolle er nicht hören, rügte Juncker am Mittwoch in einer eindringlichen Rede. Er ließ indessen offen, ob ihm eine Umverteilung von Flüchtlingen vor dem Asylverfahren oder vielmehr eine Umsiedlung anerkannter Flüchtlinge vorschwebt. Auch zur Verbindlichkeit der Quote sagte er nichts. Eindeutiger äußerte sich das Europaparlament in einer Entschließung. Nach Ansicht der Parlamentarier soll schon die Zuständigkeit für Asylverfahren auf alle 28 Länder aufgeteilt werden. Nötig seien bindende Quoten für die Verteilung von Asylsuchenden, heißt es in der Resolution.

Die Abgeordneten forderten in dem Text auch, das Einsatzgebiet der EU-Seeoperation „Triton" auszuweiten und ihr ein eindeutiges Mandat für die Seenotrettung zu geben. Die EU-Kommission hält das Mandat indessen für ausreichend. Es sei eine Falschinformation, dass unter dem Mandat nur Rettung in Küstennähe möglich sei, unterstrich Juncker. „Dringend" müsse sich die EU indes mit Fragen der legalen Migration beschäftigen, verlangte er. „Wenn wir nicht, und sei es nur zur Hälfte, die Eingangstür öffnen, dann dürfen wir nicht darüber überrascht sein, dass die Unglücklichen dieser Welt durchs Fenster hineinkommen."

Quelle: http://www.migazin.de 04.05.2015 ■

Ungesühnte Verbrechen dem Vergessen entrissen – Sklavenschicksale neben uns

So könnte das Buch auch überschrieben werden. Wir nannten es: **Der Iwan kam bis Lüdenscheid**"
Der Autor hatte das Glück, rund 7500 Personalien zu erkunden und damit vermutlich 1500 überlebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus dem Raum Lüdenscheid zu einer Entschädigung verhelfen zu können, als Mitarbeiter des „Heimatvereins Lüdenscheid e.V." und mit Hilfe des Stadtarchivs. In der Provinz, in einer Industriestadt konnte der Autor pars pro toto – der Teil fürs Ganze – repräsentative Fakten über ein besonders schweres Verbrechen des deutschen Faschismus erarbeiten. Er wirkte in der entscheidenden Phase des Ringens um Zwangsarbeiterentschädigung, als US-Konzerne sich anschickten, mit juristischen Mitteln deutsche Konzerne wegen ihrer Marktvorteile zu Zeiten der NS-Zwangsarbeiterausbeutung vom Markt zu verdrängen. Da wurde es möglich, die 55 Jahre erfolglos aufgestellte Forderung der Opferverbände nach Entschädigung von 13 Millionen Opfern auf die Agenda zu setzen – bis dann 2001 ein entsprechendes Gesetz angenommen wurde. Die Nachweiserbringung wurde auch in Lüdenscheid den Archivaren nicht leicht gemacht. Von Versuchen der Verhinderung des Projekts durch örtliche Wirtschaft und konservative Politik bis zum Einbruch und Datenklau im Rathaus, in den Räumen des Stadtarchiv, falschen Auskünften bis Verweigerungen der Mitarbeit, etwas des größten KFZ-Herstellers (in Spielzeugform), der Fa. Sieper, reichte die Einflussnahme. Der Mord an einer unbekannten Zahl von Montenegrinern auf Befehl des Gauleiters wie an Insassen des Arbeitserziehungslagers Hunswinkel gehört zu den düstersten Enthüllungsgeschichten des Arbeitsjournals, das hier vorgelegt wird und das bisweilen zu einem sehr persönlichen, ungewöhnlichen Tagebuch gerät. Die darin erzählte Geschichte findet auch heute noch keinen Abschluss. Entschädigungsforderungen für sowjetische Zwangsarbeiter mit Kriegsgefangenenschicksal, Forderungen an die Bahn, die Verbrechen der Reichsbahn betreffend und an die ganze deutsche Republik, den griechischen und italienischen Opfern zu helfen, geraten wieder auf die Tagesordnung. Die Erfahrungen aus diesem Buch aus der Zeit, da Iwan und all die anderen Sklaven bis nach Lüdenscheid kamen, bleiben aktuell.

Ulrich Sander: Der Iwan kam bis Lüdenscheid – Protokoll einer Recherche zur Zwangsarbeit, papyrossa, Köln, Mai 2015, ISBN 978-3-89438-582-8, 15,90 Euro.

Unter dieser Adresse kann das Buch schon jetzt bestellt werden:



Ernst Piper

ALFRED ROSENBERG. Hitlers Chefideologe

12 Jahre hat der Autor an diesem Buch gearbeitet. Das Ergebnis kann sich – mit einigen Abstrichen – sehen lassen. Die Person Rosenberg, des „Hohepriesters“ des Nationalsozialismus und ab 1941 Minister für die besetzten Ostgebiete, rückt ebenso voll ins Bild wie das System der Nazis selbst.

Rosenberg hat sich vor dem Nürnberger Internationalen Gerichtshof, der ihn wegen seiner umgangreichen Verbrechen zum Tode verurteilte, aus der Verantwortung zu stehlen versucht: er sei „nur“ Schriftsteller gewesen habe, von der Ermordung der Juden und JüdInnen habe er nix gewusst, schon gar nicht daran mitgewirkt .

Tatsächlich war der Deutschbalte (im estischen Reval, heute Tallinn geboren) von der ersten Stunden bei den Nazis aktiv mit von der Partie. Nach seiner Emigration (wegen der Oktoberrevolution) wirkte er bereits in den Anfängen der Nazi-Bewegung in München. Er marschierte beim „Hitlerputsch“ mit, wurde u. a. Herausgeber des „Völkischen Beobachter“, verfasste den „Mythus des 2O.Jahrhunderts“, eine Art „philosophische „Grundlegung der braunen Barberei. Er gehörte zum engsten Nazi-Zirkel – auch wenn er bei zentralen politischen Posten oft nicht zum Zug kam (er verfehlte u. a. das Amt des Außenministers, nachdem er gierte). Als jedoch die Nazis den Krieg gegen die Sowjetunion vom Zaun brachen, stieg er zu Ministerwürden auf.

Rosenberg war nicht „nur“ ein wüster rassenbiologischer Antisemit. Auf ihn geht entscheidend die Konnotation „jüdisch-bolschewistisch“ zurück – etwa in dem Machwerk aus dem Jahre 1922 „Pest in Rußland“.

Er war ein wesentlicher ungeistiger Wegbereiter und Aktivist des Nationalsozialismus – so leitete er ebenfalls den „Kampfbund für deutsche Kultur“ und den für seine extremen Raubzüge berüchtig-

Exil, Widerstand und Befreiung

Antifaschistische Filmreihe zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus (Teil 2) 19.5.–3.6. – Lichtblick-Kino

70 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus haben der Berliner VVN-BDA und das Lichtblick-Kino eine kleine antifaschistische Filmreihe aus Spielfilmen und Dokumentarfilmen zusammengestellt. Diese bildet die Fortsetzung zur Reihe „Befreiung was sonst!“, die im April im Berliner Regenbogenkino zu sehen war.

Der Terror des NS-Regime, der internationale Widerstand dagegen, die Geschichten der NS-Opfer und der Nazitäter sind das Thema zahlreicher antifaschistischer Filme seit Anfang der 40iger Jahre. Selbst Humphrey Bogart ließ es sich nicht nehmen zusammen mit deutschen Immigranten in Hollywood gegen die Nazis anzuspielen.

Neben Klassikern und einigen selten zu sehenden Spielfilmen wie „Morituri“ und „Ein Menschenschicksal“ werden auch interessante Dokumentarfilme zu sehen sein. So wird erstmals der Film „La Nueve – Die vergessenen Helden der Befreiung“ über die spannende Geschichte der Befreier von Paris in Deutschland gezeigt. Die Regisseurin Ilona Ziok wird gleich zwei ihrer Filme persönlich vorstellen: „Der Junker und der Kommunist“ und „Fritz Bauer – Tod auf Raten“.
Einen Überblick über das Programm mit Terminen und Filmbeschreibungen findet sich hier:

http://www.lichtblick-kino.org/filmreihe/2015/15_05_Exil_Widerstand_und_Befreiung



Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

AfD: Macht mir den rechten Flügel stark!

Spannendes verspricht das Titelblatt der Maiausgabe des „deutschen Nachrichtenmagazins“ ZUERST!: Das angekündigte Schwerpunktthema „Ausgespäht – Deutschland als Tummelplatz internationaler Geheimdienste“ ist angesichts der Zusammenarbeit des BND mit der NSA, die sich wahrscheinlich auch gegen deutsche Bürger(innen) und Unternehmen richtete, höchst aktuell. Leider handelt es sich dabei um ein weitgehend leeres Versprechen – viel mehr als Allgemeinplätze und lange bekannte Tatsachen werden nicht geboten.

Auf den acht besten Seiten beschreiben DIRK REINARTZ, FALK TIEDEMANN und ROBERT DIEHL schwerpunktmäßig die Aktionen der US-Geheimdienste in der Bundesrepublik, verbunden mit dem Schüren der Vorstellung, die BRD werde von den USA seit 1945 unterdrückt: „…den Eindruck einer verdachtsunabhängigen Massenüberwachung der Deutschen durch westliche Partnerdienste… So spricht ein hochrangiger NSA-Jurist in einem internen Papier davon, es gehe dem Dienst ‚um die weltweite Informationsvorherrschaft‘…. Im Visier der NSA stehen dabei nicht nur Personen und Gruppen, die als Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA aufgefaßt werden können, sondern generell alle, die dem Hegemonialanspruch Washingtons kritisch gegenüberstehen…. Was die USA wie selbstverständlich seit Jahren mit Deutschland tun, galt in der Gegenrichtung als undenkbar. Amerikanische Scheinheiligkeit trifft auf deutsche Naivität‘….Wo die Interessen Deutschlands von der politischen Klasse als deckungsgleich mit jenen Washingtons verkauft werden, definiert die Politik natürlich auch für die Arbeit der Nachrichtendienste keine eigenständigen Akzente…. Die alte Besatzer-Mentalität der Angloamerikaner trifft auf die sorgsam kultivierte Unterwerfungsbereitschaft bundesdeutscher Politik“.

Das alles ist weder neu noch originell, was in den Köpfen der Leser(inne)n hängenbleiben soll, ist der letzte zitierte Satz: Die Bundesrepublik Deutschland als noch immer von den „Angloamerikanern“ besetztes Land. Das ist der „Geist“ der rechten ENDGAME-Demonstrant(inn)en. Bereits auf der nächsten Seite beschreibt der Ex-Mossad-Agent VICTOR OSTROVSKY die gleichen Dinge ohne deutschnationalen Unterton: „Jedes Land, das die Möglichkeiten dazu hat, macht das. Hätten die Deutschen beispielsweise die gleichen geheimdienstlichen Fähigkeiten wie die USA – mit Sicherheit würden sie das gleiche machen…. Wenn man es kann, macht man es auch. Jeder hört heute jedem zu…. Die USA sehen sich als Hegemonialmacht Mittel- und Osteuropas. In Washington sieht man diese Region klar als eigene Interessensphäre an. Dementsprechend wird Europa überwacht“.

Nach dieser Geheimdienst-Mogelpackung wird es dagegen wirklich interessant: DIRK REINARTZ fragt „Quo vadis, AfD“ (und lässt keinerlei Zweifel daran, auf welcher Seite er steht). Natürlich geht es um die prinzipielle Ausrichtung der „Alternative für Deutschland“, deren Kurs innerparteilich extrem umkämpft wird. ZUERST!, für deren Autor Reinartz die neurechte Postille „Junge Freiheit“ eine „liberale Wochenzeitung“ ist, kämpft mit darum, die Orientierung der Partei nach rechtsaußen zu verschieben. In Reinartz Worten heißt das „nationalkonservativ“, verkörpert von der „Erfurter Resolution“ des äußerst rechten Parteiflügels:

„Die zentrale Botschaft der Resolution ist der Vorwurf, die Partei würde sich ohne Not viel zu sehr den etablierten Kräften anpassen, wo ihr Selbstverständnis doch sein sollte, zu jenen eine ‚Alternative‘ zu sein, wie es der Parteinahme ausdrückt. ‚Die Bürger haben uns gewählt, weil sie hoffen, daß wir anders sind, als die etablierten Parteien: demokratischer, patriotischer, mutiger‘, heißt es in dem Papier. Zu ängstlich, zu unterwürfig, zu selbstbeschränkend sei die AfD geworden, sie entwickele sich zu einer ‚technokratisch ausgerichteten Partei‘. Inhaltlich geht es, wenig überraschend, um die aktuell rechten Lieblingsthemen: „Viele Mitglieder sähen die AfD als ‚Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usf.)‘ sowie ebenfalls als ‚Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands‘, heißt es in dem Dokument…. Ihre einzige Daseinsberechtigung sei der Kampf für eine ‚grundsätzliche politische Wende in Deutschland‘, so die Verfasser, dies werde zu ‚Auseinandersetzungen‘ führen, die von den Funktionsträgern der Partei mutig bestritten werden müßten.“

Der extrem neoliberale Flügel der Partei, personifiziert im Ex-Vorsitzenden des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Hans-Olaf Henkel und dem Wirtschaftsprofessor, Co-Vorsitzenden mit Alleinherrschaftsanspruch und medialen Aushängeschild Bernd Lucke, passt dieser Schwenk ins Völkische überhaupt nicht. Sie sehen in einem solch deutlichen Schwenk nach rechts, die Profite ihrer Klientel, des deutschen Kapitals, gefährdet und teilen deshalb kräftig aus: „…ereiferte sich der frühere Chef des Bundesverbands der Deutschen Industrie Hans-Olaf Henkel: ‚Wenn wir erfolgreich bleiben wollen, dann nur als wahre Volkspartei und nicht als sektiererische Rechtsaußenpartei, die sich auf völkisches Gedankengut reduziert und Ausländerfeindlichkeit unter dem Deckmantel der Opposition gegen die verbreitete ‚Political Correctness‘ im Land in Kauf nimmt. Im Hamburger Wahlkampf sei er auf ‚spinnerte völkische Ansichten‘ und ‚primitiven Antiamerikanismus‘ in der Thüringer AfD angesprochen worden.“. Und Lucke setzt noch einen drauf: „Für ihn atme die Resolution ‚den Geist einer grundsätzlichen Systemkritik bei gleichzeitiger Verengung der politischen Stoßrichtung auf wenige Themen, die mit Schlagworten wie Gender, Multikulti und ‚Gesellschaftsexperimente‘ beschrieben werden“.

HANS-THOMAS TILLSCHNEIDER, Mitglied des Landesvorstands Sachsen der AfD und Sprecher der von ihm mitbegründeten Patriotischen Plattform und Interviewpartner von ZUERST! bestätigt im Kern diese Einschätzung: „In gewisser Weise könnte man sagen, daß wir das umsetzen, was Gauland Anfang Februar in einer E-Mail gefordert hat: den rechten Flügel stark zu machen, wobei wir uns der Defizite des gängigen Rechts/links Musters durchaus bewußt sind. Sprechen wir besser vom alternativen, grundsätzlich gestimmten Flügel“.

Die letzte Strophe der Ballade „Disputation“ von Heinrich Heine lautet:

„Welcher Recht hat, weiß ich nicht • Doch es will mich schier bedünken, • Dass der Rabbi und der Mönch, • Daß sie alle beide stinken“.

Dem ist nicht hinzuzusetzen.

tri